

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944a.
Anzeigenpreis die gespaltene Petit-
zeile 40 Pfg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 18.
Schluß der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
u. dgl. an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 18 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Ein gefährlicher Volksfeind

Ist der Alkohol. Besonders gefährlich und ein Bleigewicht ist er für den auf- und vorwärtsstrebenden Arbeiterstand. Recht gut erinnere ich mich noch eines Vorganges, den ich nie vergessen werde. Als junger angehender Gewerkschaftler machte ich meine erste Fabrikbesichtigung mit. Der Referent schilderte die Mißstände in dem betr. Werk und geißelte dann in scharfen Worten, aber mit vollem Recht, die brutale Behandlung und unglaubliche Willkür seitens eines Werkmeisters. Auf die Frage, warum sich die Arbeiter des betr. Meisters eine solche Behandlung gefallen lassen, antwortete der Referent mit einem eigenen Ausspruch des betr. Werksbeamten und der lautete: „Mein bester Bundesgenosse den Arbeitern gegenüber ist der Alkohol.“ Und so war es in der Tat. Die große Mehrzahl der Arbeiter der betr. Abteilung frühsten Tag für Tag dem Schnapsteufel. Jede Energie, jedes Selbstbewußtsein war dadurch erstickt. Wehrlos mußten sich diese Schnapsbrüder alles, auch das schlimmste bieten lassen, weil sie vom Herrn Werkmeister wegen ihrer Leidenschaft jeden Augenblick auf Grund der Arbeitsordnung entlassen werden konnten. Organisation, Solidarität usw. waren ihnen fremde Begriffe. Jeder, der diesen Leuten davon ansah, wurde belacht und verhöhnt. Ha, Beiträge zahlen, wer will so verrückt sein, für den Wochenbeitrag gibt's einen halben Liter Fusel, das war ihre Antwort. Der Fusel war ihr einziges, ihr ganzes Sinnen und Trachten. Damit war aber auch ihre Ohnmacht gegenüber dem Unternehmer und den schlimmsten Willkürakten des Werkmeisters besiegelt. Die Verhältnisse dieser Abteilung wirkten jedoch auch niederdrückend auf andere Werkstätten, wo der Schnapsteufel nicht solche Orgien feierte, wodurch aber der Ausbreitung der Organisation die größten Schwierigkeiten entstanden, die auch heute dort noch nicht überwunden sind.

Ähnliche, vielleicht noch traurigere Erfahrungen werden viele unserer Kollegen zu erzählen wissen. Hört man nicht hundertmal in der Agitation gerade von solchen Leuten den Einwurf, ihnen seien die Beiträge zu hoch, die aber jede Woche das Doppelte, oft das drei- und vierfache des Wochenbeitrages und noch mehr dem Alkohol opfern? Und das schlimmste ist, daß dieses solchen Leuten als etwas selbstverständliches erscheint. Für die Gewerkschaftsbewegung sind sie nur ein Hemmnis, oder, wenn sie eintreten, höchst unsichere Seerespflichten. So ist der übermäßige Alkoholgenuß einer der gefährlichsten Gegner der Arbeiterbewegung.

Welche Verheerungen der Alkohol sonst im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben anrichtet, kann hier nur kurz gestreift werden. Wer zählt die zerrütteten Familienleben, die ruinierten Existenzen, die Massen jener, die durch den Alkohol auf den Pfad des Lasters und Verbrechens getrieben wurden. Es ist eines der grauigsten Kapitel im Leben der Völker, das sich hier dem Menschenfreund aufdrängt. Welche Unmenge sozialer Not und wirtschaftlichen Elends könnte mit dem Geld gestillt oder doch wenigstens gelindert werden, das zu viel für Alkohol aufgewandt wird. Denn es sind ungeheuerliche Summen, die alljährlich für dieses Genußmittel verausgabt werden.

Nach dem amtlich festgestellten Durchschnitt des Jahresumsatzes 1899/1903 betrug pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland der jährliche Verbrauch von Wein 5,82 Liter, Bier 123,4 Liter und Branntwein 8,52 Liter. Nach dem persönlichen Preisanschlag von 1 Mark für 1 Liter Wein, 30 Pfg. für 1 Liter

Bier und 50 Pfg. für 1 Liter Branntwein beliefen sich demnach die Gesamtkosten pro Kopf und Jahr hierfür auf 47,10 Mark. Bei einer Gesamtbevölkerung von 60 Millionen ergibt dieser Betrag eine jährliche Ausgabe für alkoholische Getränke von 2826 Mill. M. Bei dem Kopfanteil von 47,10 M. sind aber Säuglinge, Kinder, Mädchen, Frauen, Kranke, Sieche, Greise usw. mitgerechnet. Zieht man in Rechnung, daß jener Gesamtaufwand von 2826 Millionen Mark in der Hauptsache von den männlichen Einwohnern im Alter von mehr als 15 Jahren aufgebracht und verbraucht wird, so ergibt sich für jeden erwachsenen Mann eine jährliche Ausgabe für alkoholische Getränke von rund 157 Mark. Wenn das Verhältnis der arbeitenden Klassen zu der übrigen Bevölkerung gleich 3:2 ist, so würden von dem Gesamtmillionen-Verbrauch allein 1695 Millionen auf die erstgenannten fallen. Allerdings lassen sich hier sichere Zahlen nicht aufstellen, da wahrscheinlich bei den besitzenden Klassen auf den Kopf größere Mengen oder höhere Preislagen oder beides zugleich entfallen dürften.

Ähnliche Annäherungszahlen können auch nur bei der Frage Platz nehmen, welchen Prozentsatz vom Lohn- und Einkommen die Alkoholausgaben durchschnittlich einnehmen. Die reichsweite Unfallversicherung schätzt das Arbeitseinkommen der rund 20 Millionen versicherten Personen auf rund 16 Milliarden Mark. Dann würde sich ein durchschnittlicher Satz von 10 Prozent ergeben, der im großen und ganzen wohl zutrifft, aber häufig ganz bedeutend überschritten wird, wie die Spezialerhebungen der Städte-Statistik der Gewerbeaufsichtsbeamten und sonstiger Sachverständigen ergaben.

Das ist zweifellos ein viel zu hoher Prozentsatz. Wir wollen und können uns nicht auf den Standpunkt der extremen Abstinenzler stellen, die strikte Enthaltensamkeit aller alkoholhaltigen Getränke verlangen, aber dem „zu viel“, dem Uebermaß im Alkoholgenuß, der ungeligen Leidenschaft und allen Unzitten und Auswüchsen muß jeder Menschenfreund und besonders jeder denkende Arbeiter entgegen arbeiten. Die obigen Zahlen zeigen, daß auch bei uns in Deutschland ein zu viel vorhanden ist. Die jährliche Ausgabe von fast drei Milliarden Mark für alkoholische Getränke macht ziemlich genau ebensoviel aus, wie die gesamte Reichsquote; dreimal soviel wie der Aufwand für die Unterhaltung von Heer und Flotte, sechsmal soviel wie die Jahresausgabe der gesamten Arbeiterversicherung und siebenmal soviel als die Gesamtaufwendungen für sämtliche Volksschulen Deutschlands! Sollte das nicht doch zu denken geben?

Leuten ist Pflicht des Gewerkschaftlers und so kommen wir ganz von selbst dazu, diesem gefährlichen Volksfeind, dieser allmählichen und fortwährenden Vergiftung und Verblödung des Volkes, diesem trotzigsten Gegner der Gewerkschaftsbewegung den Krieg zu erklären; Krieg dem Uebermaß, den Auswüchsen des Genußes von Alkohol! Und dieser Auswüchse gibt es leider nicht allein in den bessern Ständen, sondern auch im Arbeiterstand noch recht viele.

Greifen wir wieder einmal hinein ins praktische Arbeiterleben. In den meisten industriellen Betrieben ist der Genuß von Branntwein strenge untersagt. Trotzdem — nicht zum Ruhne der Arbeiter sei es gesagt — gibt es ungezählte Arbeiter, die tagtäglich heimlich ihren Fusel mit in die Fabrik hineinschleppen; ebenso regelmäßig, wie sie ihr Frühstück mit hineinnehmen. Die Folgen und Wirkungen dieser Leidenschaft — denn hier ist es schon ein chronisches Uebel — sind einanans schon an einem Beispiel

Das diese Schnapsbrüder, wie sie wohl genannt werden, am Sonntag oft 10 und 20 Prozent ihres sauer verdienten Lohnes an der Pumpe ihres Stammtisches abgeben müssen, ist eine weit Folge ihrer Leidenschaft und Quelle von Unfrieden und Not in der Familie.

Neben diesen Gewohnheitssträtlern kommen Gelegenheitsjünger und hier dürfte es vornehmlich eine dankenswerte Aufgabe der gewerkschaftlichen Erziehungsorgane sein, den in manchen Gegenden fürchterlich grassierenden Unwesen im Gelegenheits-trinken auf den Arbeitsstätten entgegen zu wirken. Da gibt es Geburtstags- und Namenstags-, Jubiläums- und Abschieds-Freiereien. Ferner bei glücklichen Familienereignissen, Kindtaufen, Hochzeiten beim Freikommen vom Militär und weiteren müssigen und unmöglichen Anlässen wird „zur Freude des Tages“ dem Fasel zugesprochen. Das ist eine Unsitte, die unbedingt die schärfste Verurteilung verdient. Während der Arbeitszeit, in den Fabriken sollte überhaupt kein Tropfen Branntwein getrunken werden. Den Bierkonsum während der heißen Jahreszeit in den Feuerbetrieben wird man nicht ohne weiteres verbieten dürfen, aber auch hier gibt es erschreckende und auch dem erhitzten Arbeiter zuträglichere Ersatzgetränke, die auch noch kalorienarm sein können.

Gewiß wird die Unsitte des Gelegenheits-trinkens nicht mit einemmal abzuschaffen sein, eben so wenig wie die Trinkfritten oder besser gesagt der Trinkzwang in sogenannten „gebildeten“ Kreise. Aber eine müssen wir als Organisation unserer Mitglieder und Arbeiter immer und immer wieder sagen: Es ist eines selbst- und standesbewußten Arbeiters unzulässig, dem übermäßigen Alkoholgenuß zu fröhnen. Es ist eine grobe Pflichtverletzung während der Arbeit, in den Fabriken, ob nun gewohnheitsmäßig oder gelegentlich, dem Branntwein zuzusprechen. Fort mit diesem schleichen Gift, das nur Gefahren und körperlichen und seelischen Schaden Gesolge haben kann.

Das dürfen, das müssen wir auch einmal unseren Gewerkschaftsblättern sagen und hoffen, daß es auch von unseren Kollegen verstanden und beherzigt werden. Die Organisation ist nicht alle dafür da, um den Arbeitern ihre Rechte in möglichst grellen Farben vorzumalen, sondern die Organisation hat auch die unabweisbare Aufgabe, den Arbeiter an ihre Pflichten zu erinnern, wenn sie ihren Zweck, neben der materiellen auch die geistliche und sittliche Hebung des Arbeiterstandes zu erstreben, nicht groblich vernachlässigen will.

Zur Festsetzung der Invaliden-Renten

Die amtlichen Mitteilungen der Landesversicherung anstalt Rheinprovinz Nr. 4 (Jahrg. 1907) lassen sich über „Die Mittel zur Feststellung der Erwerbsunfähigkeit im Sinne des § 5 Abs. 4 des Inv.-Vers.-Ges.“ folgendermaßen aus:

Wesentlich besteht nicht bei den Versicherten in Rentenbewerbern, sondern auch bei den bei der Führung des J.-B.-G. mitwirkenden Behörden die Ansicht, es sei ausschließlich Sache des begutachtenden Arztes, festzustellen, ob eine Person erwerbsunfähig im Sinne des J.-B.-G. sei, ob sie also noch da nach § 5 Abs. 4 des Gesetzes zu bestimmende Lohnmittel verdienen könne oder nicht. Diese Ansicht ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß der Arzt in seiner Gutachten tatsächlich sich dahin zu äußern pflegt, daß der Untersuchte noch daß für ihn maßgebende Drittel verdienen kann. Sie ist indes

war jene Auffassung richtig, so fände die Begutachtung der begutachtenden Unterverwaltungsbehörde wenigstens was die ihr nach §§ 57, 112 des Gesetzes obliegende Begutachtung der Erwerbsunfähigkeit angeht, zu einer mehr oder minder bedeutungslosen Vermittlung herab. Das soll und darf sie aber keineswegs sein.

Es ist daran festzuhalten, daß der Begriff der Erwerbsunfähigkeit nach dem J.-B.-G. in erster Linie ein medizinischer, sondern ein wirtschaftlicher ist, die Frage nach der Invalidität ist daher nicht ausschließlich mit den Mitteln der ärztlichen Wissenschaft zu lösen, sondern gleichwertig steht neben ihr die aus einer reichen Kenntnis des Wirtschaftslebens gewonnene Ueber- sicht über die Möglichkeiten des Erwerbs und der Verwertung der menschlichen Arbeitskraft. Gerade um dieser Seite der Beurteilung die ihr gebührende Be- achtung zu verschaffen, und zu sichern, ist das Gesetz dazu übergegangen, dem Laienelement in der Mit- wirkung der unteren Verwaltungsbehörde als begut- achtender Stelle eine vielgestaltige und wichtige Tätig- keit zuzuweisen.

Die grundsätzliche Trennung der Tätigkeit des Arztes bei der Feststellung der Invalidität von den Aufgaben der mitwirkenden Laien wurde schon in den Kommissionsberatungen über den Entwurf des Gesetzes betont, indem gegenüber den Behauptungen eines Kommissionsmitgliedes, daß die Entscheidung über die Erwerbsfähigkeit wesentlich vom Gutachten des Arztes abhängen, und daß dieser regelmäßig sein Gutachten dahin erstatten werde, ob der Versicherte gemäß § 5 noch eine gewisse Summe verdienen könne, ein Regierungs- vertreter ausführte, daß das Gutachten des Arztes nur dahin zu gehen habe, um wieviel die Erwerbsunfähig- keit des Versicherten herabgesetzt sei, nicht aber dahin, welchen Beitrag er noch verdienen könne.

Zunächst habe der Arzt festzustellen, ob die Er- werbsfähigkeit um zwei Drittel gemindert sei, dann habe die untere Verwaltungsbehörde festzustellen, ob der Versicherte mit dem Drittel Erwerbsfähigkeit noch das in § 5 geforderte Drittel zu verdienen imstande sei. Die Feststellung der Reduktionsquote gegenüber dem Durchschnittsarbeiter sei Sache des Arztes, die Beur- teilung der wirtschaftlichen Frage Sache der Renten- stelle resp. der unteren Verwaltungsbehörde.

Derselben Standpunkt hat das Reichs-Versicherungsamt gegenüber der Eingangs gekennzeichneten, zu mißbilligenden Ansicht in seinem Rundschreiben vom 31. Dezember 1901 vertreten. Ausgehend von der Beobachtung, daß mitunter der über den Grad der Erwerbsunfähigkeit eines Rentenbewerbers abgegebenen Meinungen der ärztlichen Sachverständigen bei der Entscheidung ein zu weitgehender Einfluß eingeräumt worden sei, weist das Reichsversicherungsamt darauf hin, daß die Aufgabe der ärztlichen Begutachtung im allgemeinen in der Feststellung der physiologischen Folgen der eine Invalidität begründenden Gebrechen ihre Bestimmung finden, daß dagegen die sonstigen ärztlichen Ausprägungen insbesondere darüber, welchen Einfluß der Defekt auf die Erwerbsfähigkeit des Rentenbewerbers ausübt, bei der Entscheidung selbstständigen Feststellungsinstanzen zwar wertvolle und bei inneren Krankheiten sogar oft unentbehrliche, aber keineswegs bindende Unterlagen für die Urteilsfindung bieten. Es sei daher unzulässig, wenn die Feststellungs- instanzen einfach den vom Arzte angegebenen Prozent- satz der Erwerbsunfähigkeit der Entscheidung zugrunde legen, ohne die Frage nach dem Grade der Erwerbs- unfähigkeit selbst geprüft zu haben. Ein derartiges Vorgehen, durch das eine der wichtigsten Aufgaben der Feststellungsorgane zu einer mechanischen Wieder- holung des Ergebnisses der ärztlichen Gutachten herab- gedrückt würde, entspräche nicht der Absicht des Ge- setzes; niemals dürfe außer acht gelassen werden, daß die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit an sich keine rein medizinische und daß ihre Beantwortung nicht ausschließlich und in erster Linie Sache des Arztes sei, sondern in der Hauptsache eine der normativen Aufgaben der mit der Rentenfestsetzung betrauten In- stanzen bilde.

Welche Mittel stehen nun der unteren Verwaltungs- behörde neben den ärztlichen Gutachten zur Beurteilung der Erwerbsfähigkeit zur Verfügung? Welche Anhalts- punkte bieten sich hier zur Bildung ihrer Uebersetzung?

In erster Linie ist dies die schon hervorgehobene Kenntnis des Wirtschaftslebens, die es ermöglicht, zu beurteilen, welche Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten einer Person mit den bestimmten vom Arzte festgestellten Leiden auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt noch offen- stehen, zu welchen vorerwähnten Arbeiten er nach seinem körperlichen und geistigen Zustande objektiv noch in der Lage ist. Selbstverständlich wird die untere Ver- waltungsbehörde, wenn sie bei Beurteilung dieser Frage an andere Schicksale hinsichtlich der Invalidität

kommt, als der Arzt sie gezogen hat, nicht unterlassen dürfen, ihre Ansicht schlüssig und praktisch zu be- gründen. In zweiter Linie sind es tatsächliche oder gutachtliche Äußerungen von Laien die als Anhalts- punkte zur Beurteilung der Erwerbsunfähigkeit berück- sichtigt werden müssen.

Daß dies die Absicht des Gesetzes ist, ergibt sich auch aus dessen Wortlaut; denn § 28 sagt schließlich, daß der Rentenbewerber seine Invalidität nachzuweisen hat. Es steht ihm also frei, sich dazu jenes zulässigen Be- weismittels zu bedienen, davon eines das ärztliche Gut- achten ist; und kein Beweismittel darf unberücksichtigt bleiben. Namentlich kommen hier in Betracht die Er- klärungen der Arbeitgeber, Mitarbeiter und anderer Personen, etwa Nachbarn oder Bekannten.

Wegen nicht genügender Berücksichtigung eines derartigen Beweismittels hat das Reichs-Versicherungs- amt in seiner Entscheidung Nr. 1382 (R. R. 1906 S. 638) ein schiedsgerichtliches Urteil aufgehoben und dabei ausgeführt, in der Nichtberücksichtigung der bei den Laien befindlichen Erklärung des Arbeitgebers liege ein ebenso wesentlicher Mangel des Verfahrens, wie wenn ein ärztliches Gutachten unberücksichtigt bleibe, da jene Erklärungen, wenn sie zutreffend seien, geeignet sein würden, erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Begut- achtung durch den Arzt zu begründen. Das Reichs- Versicherungsamt fährt dann fort: „Wenn das Schieds- gericht von der Erwägung ausgegangen sein sollte, die es den Beweisansprüchen der Klägerin entgegensetzt hat, daß die Vernehmung von Laien in ärztlichen Dingen überflüssig sei, so ist diese Erwägung unrichtig. Denn einmal ist die Hauptaufgabe der Ärzte körper- liche Zustände zu ermitteln, nicht aber deren Einfluß auf die Erwerbsfähigkeit abzuschätzen; diese Abschätzung ist vielmehr, an letzter und entscheidender Stelle Sache des Gerichts, und dafür können die Anschauungen von Laien, die mit den persönlichen Verhältnissen des Ver- sicherten vertraut sind, an sich von hohem Werte sein. Sodann aber gibt es zahlreiche Gruppen von körperlichen Schäden, deren Bedeutung für die Erwerbsfähigkeit mit den Erkenntnismitteln der ärztlichen Wissenschaft überhaupt nicht zuverlässig festgestellt werden kann, weil sie von der vorhandenen Geschicklichkeit, Willenskraft, Ausdauer, Arbeitslust, Gewissenhaftigkeit und anderen seelischen Verhältnissen abhängt, die sich der ärztlichen Wahrnehmung zum größten Teil entziehen. Das gilt in besonderem Maße für angeborene und in früherem Alter erworbene Bildungsfehler. In solchen Fällen wird das Urteil eines verständigen mit den Verhältnissen vertrauten Laien unter Umständen sogar wertvoller sein, als dasjenige des Arztes, der den Versicherten nur von der ärztlichen Untersuchung her kennt und bei seiner Betätigung im Arbeitsleben nicht hat beobachten können.“

Wenn die hier ausgesprochenen Gedanken praktisch zur Durchführung kämen, würden die fortwährenden nur allzuberechtigten Klagen über das „Rentenquäken“ etwas verstummen. Ebenso und zum Teil noch schlimmer macht sich der hier in Frage stehende Uebelstand in der Unfallversicherung bemerkbar und manche Vertrauens- ärzte von Vermögensverhältnissen sind infolge ihres bald eckeln maßgebenden Einflusses und ihrer für die Ver- leitung oft schwerwiegenden Urteile „berühmt“ und ge- fürchtet in den Kreisen der Arbeiter geworden. Nach der Richtung hin bedarf unsere Versicherungsgegebung noch weiterer und bringender Reformen, damit der Wille des Gesetzgebers auch in seiner ganzen wohl- tätigen gerechten Richtung den Versicherten zu Gute kommt.

Zehn Gebote für Diskussionsredner.

Im Arbeiterkassenbuch 1907, herausgegeben von den katholischen Arbeitervereinen West- und Süddeutschlands, finden sich folgende beachtenswerte Ausführungen:

Die Diskussion, die für gewöhnlich einem Vortrage folgt, soll Aussprache, Meinungsaustausch der Versamm- lungsteilnehmer über den behandelten Gegenstand sein, denselben nach allen Seiten hin klarlegen und die Ver- sammlung zu einem bestimmten Willensentschluß hinführen.

Hieraus ergeben sich für den Diskussionsredner eine Reihe von Anforderungen, die er streng zu beachten hat:

1. Rede nur, wenn du was weißt, wenn du dir klar bist über das Was und Wie dessen, was du vorbringen willst. Ohne dies klammert du dich und belästigt die Versammlung. Nur der ist verpflichtet zu reden, der was zu sagen hat.

2. Sprich zur Sache! Höre aufmerksam auf das Referat und irr dich darüber aus. Durch un- schlüssige und nebensächliche Diskussionsreden werden in der Regel die Versammlungen in die Länge gezogen und ihr Zweck vereitelt.

3. Greife bestimmte Punkte aus dem Referat heraus! Sprich dich über alles Vorge-

brachte reden zu wollen. Das ist Sache eines Kon- ferenten. Ueber einzelne Punkte läßt sich in Kürze etwas Neues sagen, über alles kann man in der Dis- kussion nur schwachen.

4. Wiederhole nicht bereits Gesagtes! Habe den Mut, aufs Wort zu verzichten, wenn du bereits auf der Rednerliste stehst und deine Rede nicht den Stoff weggenommen haben. Du verläßt dich dadurch gar nichts, sondern gewinnst in den Augen des denkenden Versammlungsteilnehmers.

5. Mach's kurz! Keine lange Einleitung, direkt aufs Ziel los, präzise Ausführung dessen, was man sagen will, das gibt der Diskussionsrede die Würze. Wenn dir auch eine längere Redezeit garantiert ist, suche dich immer kurz zu fassen.

6. Halte keine Zitatensrede! Mit persön- lichen Beobachtungen und Erfahrungen trägst du immer mehr zur Klarlegung der Sachlage bei, als wenn du nur Zitate oder gar nur Zitate aus Zeitungen, Büchern und Ausprüchen von Rednern vorlegst.

7. Rede nicht im „Ich“-Stile. Man kann persönliche Erfahrungen zum besten geben, ohne in den leidigen, die Zuhörer schließlich anwidernenden Ton zu verfallen: „Ich habe dies oder jenes gesehen;“ „ich bin der und der Kerl;“ „ich habe dies und das erlebt;“ „ich habe dies und das getan“ u. s. f. Die Redner im „Ich-Stile“ werden bald nicht mehr ernst genommen.

8. Fordere nicht heraus! Man hat dir nicht das Wort erteilt, damit du deine Mut an dieser oder jener anwesenden oder nichtanwesenden Person oder Partei ausleben kannst. Du hast die Art deines Redens dem höheren Zweck der Versammlung unterzuordnen. Wie oft war das aufreizende Benehmen eines einzigen Diskussionsredners Ursache von Störungen und Ver- samlungsausschlüssen!

9. „Ich habe gesprochen“, oder: „Dies meine Ausführungen“ sind höchstüberflüssige Redensarten, die mancher Diskussionsredner mit zäher Ausdauer an- wendet. Weg damit! Wer nichts mehr weiß und keinen wirkungsvollen Schlußsatz findet, der höre ohne weiteres auf.

10. Rede nicht immer. Viele Diskussionsredner meinen, sie müßten immer, in jeder Versammlung und bei jeder Gelegenheit reden. Sie erreichen damit, daß über kurz oder lang die Versammlung aufsteht, wenn sie das Rednerpult besteigen. — „Natürlich der woher;“ „muß auch seinen Senf dazu tun“ u. s. f. Das Beste hat nun keinen Wert mehr. Man muß auch schweigen können, in seinem und im Interesse anderer.

Diese zehn Gebote können nicht bringend genug zur Beachtung und praktischen Durchführung empfohlen wer- den. Damit würde zweifellos auch auf den Ver- samlungsbefuch — bekanntlich ein sehr wunder Punkt im Vereinsleben — günstig eingewirkt werden. Die oft inhalt- und uferlose Diskussionsrede hat schon manchen Kollegen abgestoßen und ihm den Versammlungsbefuch dauernd verleidet. Und wie oft ist schon in öffentlichen Versammlungen die Wirkung eines guten Referats durch eine leichte, langweilige Diskussion, die sich häufig in wirkungslosen Wiederholungen von Ausführungen des Referenten erschöpft, beeinträchtigt oder gar vollständig vernichtet worden. Hier würde gar keine Diskussion viel besser und der Sache dienlicher gewesen sein. Aber es gibt hier und da Leute, die unbedingt reden müssen, auch wenn sie nichts zu sagen wissen; sie bilden den „Schrecken“ der öffentlichen wie nichtöffentlichen Vereins- versammlungen. „Quatschköpfe“ werden sie im Rhein- lande genannt. Wüßten sich alle rebellistischen stets das schöne Sprichwort vor Augen halten: „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“. Wohl soll geredet werden, aber stets auch etwas, was Inhalt hat und dann auch zur rechten Zeit am rechten Ort.

Ein hartes Urteil.

In der vorigen Nummer haben wir die Hal- tung der Polizei beim Königsmannschen Streik an Hand der Ausführungen des Abg. Raden im Reichs- tag näher geschildert und in einem Nachtrag noch kurz mitgeteilt, daß die Revision der vom Nach- ner Landgericht Verurteilten vom Reichsgericht ver- worfen sei. Registrieren wir die Vorgänge noch einmal ganz kurz.

Gelegentlich des Streiks in der Königsmannschen Fabrik in Würzburg wurde der Streikleiter Kollege Schümmer des morgens um 1/6 Uhr aus dem Bett geholt, von zwei Wachtmeistern und zwei Schüs- sen verhaftet und erst nach 6 Wochen aus der Untersuchungshaft entlassen. Gegen denselben und 13 andere, welche bis auf einen nicht am Streik beteiligt waren, wurde Anklage wegen Land- friedensbruch erhoben. Das Landgericht München ver- urteilte Schümmer zu 4, 13 weitere Angeklagte, dar- unter eine alte 60jährige Frau, zu je 3 Monaten Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Der Sache lag folgender Tatbestand zugrunde:

Am 21. Juni 1906 wurden — 120 Mann — der Arbeiter der Spinnfabrik Königsmann in Würzburg

ausständig. Die Streikfahne war: schlechte Behandlung, niedrige Löhne und unhygienische Einrichtungen. Schon am 23. Juni kam ein Transport arbeitswilliger Holländer an, die von zwei Gendarmen überwacht in den Wartesaal geführt wurden. Als hier Schlimmer auf die Leute einredete, verbot ihm der Gendarm nicht nur das, sondern forderte ihn auf, den Wartesaal zu verlassen. Mit Recht kümmerte sich Sch. darum nicht, solange bis auch der Stationsvorsteher ihn aus dem Wartesaal wies. Selbstverständlich blieb Sch. bei dem Transport. Um die Leute den Beeinflussungen zu entziehen — sagt das Urteil — und um den Zug nicht in Unordnung geraten zu lassen, forderten die Beamten den Sch. auf, dem Zuge fern zu bleiben. Weil er das nicht tat, wurde Sch. außerdem noch zu 20 Mk. Geldstrafe wegen Übertretung einer Preisverordnung bestraft.

Am Nachmittag desselben Tages kam ein von einem Streikbrecheragenten angeworbener Transport Italiener an, wobei, was leicht erklärlich, sich hunderte von Menschen ansammelten, und die Streikbrecher umstanden. Zwei Gendarmen wollten die Menge zum Auseinandergehen aufgefordert haben, welcher Aufforderung nicht Folge geleistet worden sei. Von den Angeklagten wurde bestritten, die Aufforderung gehört zu haben, das Entgegengesetzte behaupten die Gendarmen, nach deren Aussage soll die Menge es gehört haben. Ausschreitungen oder Gewalttätigkeiten sind gegen niemand, auch nicht gegen die Streikbrecher vorgekommen. Alle Angeklagten bestritten, sich des Landfriedensbruchs schuldig gemacht zu haben, wozu das Gericht erklärte, daß alle den gewalttätigen Charakter der Menge gekannt und noch gestärkt hätten.

Gegen das Urteil in Nachen hatten die Angeklagten Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Der Rechtsanwalt Herz begründete die Revision der Verurteilten. Der Tatbestand des Paragraphen 125 sei nicht erfüllt. Indem der Anwalt sich noch gegen die Verurteilung Schimmers wegen Übertretung der Polizeiverordnung wendet, sagte er, daß im Nachener Bezirk allgemein die Auffassung sei, daß durch diese Verordnung nur die Privatbestrebungen des Fabrikanten, nicht aber die öffentliche Ordnung geschützt worden sei. Ferner müsse die Angelegenheit vor das Schwurgericht kommen, wenn Gewalttätigkeiten angenommen würden. Der Reichsanwalt führte darauf aus, daß er auf die sozialpolitischen Äußerungen, die der Verteidiger gemacht, gar nicht eingehe, da diese ja gar nicht hierher gehörten. Der Vorderrichter habe das gemeinschaftliche Bewußtsein der Angeklagten, daß es zu Gewalttätigkeiten kommen werde — „festgestellt“. Es seien wohl Tätlichkeiten vorgekommen, aber keine Gewalttätigkeiten. Deshalb gehöre die Sache nicht vor das Schwurgericht. Der 5. Strafsenat schloß sich der Begründung und dem Antrag des Reichsanwaltes an und beschloß die Verwerfung der Revision.

Das Bedauerlichste an der ganzen Sache ist, daß arme alte Frauen von 60 Jahren diesem harten Urteil zum Opfer gefallen sind; denen gewiß im Traume nicht eingefallen sein kann, zu Tätlichkeiten überzugehen. Ihr einziges Verbrechen besteht darin, daß sie der Menschenansammlung zugehört, und die Aufforderung der Gendarmen, auseinanderzugehen, jedenfalls überhört hatten. Unverständlich für viele ist jedenfalls die Deduktion, „daß gemeinschaftliche Bewußtsein der Angeklagten, daß es zu Gewalttätigkeiten kommen werde“, während doch selbst der Reichsanwalt zugeben mußte, daß keine „Gewalttätigkeiten“ vorgekommen sind.

Dieses Urteil beweist, wie sehr die Arbeiter bei Ausübung des Koalitionsrechtes den Gefahren, mit dem Gesehe in Konflikt zu kommen, ausgesetzt sind. 43 Monate Gefängnis wegen eines Menschenauflaufes, bei dem es zu keinerlei Gewalttätigkeiten oder Ausschreitungen gegen Personen gekommen ist, dürfte einzig dastehen. Bei den Arbeitern und nicht nur bei den Beteiligten wird daselbe nur Erbitterung hinterlassen.

Hörmisch schreibt dazu die sozialdemokratische Preisse:

„Die Erziehung zum Klassenkampf, die die Justiz den „christlichen“ Gewerkschaftlern angedeihen läßt, wird sicherlich seine Früchte tragen.“

Auch wir befürchten, daß viele solche Urteile nur Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen sind. Öffentlich kommt auch in Deutschland der Tag, wo im Rechtsverfahren mehr das sozialpolitische Moment zur Geltung kommt, und derartige Urteile unmöglich werden.

An die Kollegen im Kleingewerbe.

wendet sich folgende Zuschrift eines Verbandskollegen aus dem Ruhrgebiet:

Wohin man heute blickt, überall sieht man, daß Landwirte, Lehrer, Ärzte und Wirte, Kaufleute, Handwerksmeister und Großunternehmer sich zusammenfinden, um an der Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage zu arbeiten und für ihre Produkte einen höheren Gewinn zu erzielen. Auch der Arbeiterstand rückt sich allmählich auf, um seine zumeist traurige Lage

zu heben und für seine Arbeitskraft, die er in den Dienst der Produktion stellt, einen gerechten zeitgemäßen Lohn zu empfangen. Leider sehen Millionen deutscher Arbeiter diesen Bestrebungen noch kalt und gleichgültig gegenüber, sie sehen ihre schlechte wirtschaftliche Lage ein und gehen doch nicht den Weg, um überall ihre Forderungen geltend zu machen und durchzusetzen. Hier soll einmal der gelehrten Arbeiter des Kleingewerbes der Metall- und Eisenindustrie gedacht werden, um zu untersuchen, ob deren Lage eine so rosigte ist, daß dieselbe keine Besserung erheischt und ihre Gleichgültigkeit derselben gegenüber gerechtfertigt ist.

Zumeist finden wir im Kleinbetriebe noch eine 10—12stündige Arbeitszeit. Ueberstunden, die noch in einigen Fällen den Vorzug haben, nicht bezahlt zu werden, sind an der Tagesordnung. Letztere haben größtenteils in dem noch vorherrschenden Kost- und Logiswesen beim Meister ihren Nährboden. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend, sogar bis zur halben Nacht wird gewöhnt, für Frühstück, Mittag und Vesperpausen erübrigt sich kaum die nötige Zeit. Die Löhne sind vielfach traurig. 6—9 Mk. Wochenlohn erhalten heute noch vielfach Schmiedegesellen für ihre schwere anstrengende Arbeit. Junge Schlosser verdienen oft 2 Mk. bis 2.80 Mk. Für ältere, selbständige Gehilfen im Alter von 20—35 Jahren gibt es noch Stundenlöhne von 30—45 Pfg. Für Banarbeit werden keine höheren Löhne bezahlt. Auch die Löhne für Klempner bedürfen dringend einer Aufbesserung. In einer ganzen Reihe von Städten sind diese in Bewegungen eingetreten, um mehr zu schaffen. Für auswärtige Montagearbeiten wird in vielen Fällen keine Vergütung bezahlt. Die Eisenbahnfahrt wird oft nicht mal als Arbeitszeit angerechnet.

Die Schuld an diesen Zuständen liegt in erster Linie an den Arbeitern des Kleingewerbes selbst, weil sie der Verbesserung ihrer Lage kein Interesse entgegen bringen und für die Organisation nicht zu gewinnen sind. Ein weiteres Grundübel für unseren Handwerkerstand, unter dem auch die Lohnverhältnisse der beschäftigten Kollegen zu leiden haben, ist das Submissionswesen. Leider liest man nur zu oft, wie ein Meister den anderen bekämpft und selbst bei kleineren Arbeiten weit unterbietet, oft um 100—150 Prozent. Die billigste Offerte erhält den Zuschlag. Die Arbeit wird dann zumeist in Afford ausgeführt, der Lohn gründlich heruntergeschraubt und die Arbeiter müssen wählen, um ihren Schicksal zu erreichen. Deshalb steht der Affordlohn in keinem Verhältnis mit dem Schichtlohn.

Kollegen! Diese Lohnrückerei muß endlich aufhören. Rafft euch auf! Zeigt, daß ihr als gelehrte Arbeiter auskömmliche Löhne fordert, die mancher ungelernete Arbeiter schon längst durch seine Organisation errungen hat. Organisiert euch, damit eure Löhne tariflich festgelegt werden, wobei dann auch die Gehilfen ihr Wort mit in die Waagschale zu werfen haben, Vorbedingung dazu ist jedoch eine starke Organisation auf Seiten der Arbeiter.

Mißstände außer der Lohnfrage finden wir auch noch mehr wie genug in der Kleinindustrie. Es seien nur einige herausgegriffen. Die Werkstatt ist äußerst schlecht. Licht und Luft fehlen sehr häufig. Das Werkzeug ist miserabel und ungenügend. Hierfür muß hier und da auch noch eine viel zu hohe Kauktion gestellt werden. Oft hört man noch Klagen, daß bei Verlust von Werkzeugen das doppelte sogar das dreifache des Wertes in Abzug gebracht wird. Solche Ungerechtigkeiten bedürfen dringend der Abstellung. Wascheinrichtungen fehlen oft gänzlich oder sind sehr mangelhaft. 5—6 Gefellen waschen sich gleichzeitig in einem Eimer, andere gehen ungewaschen nach Hause, weil es an Waschlagelegenheit fehlt. In traurigem Zustande befinden sich oft die Aborte. Schlecht gereinigt, bilden sie eine Gefahr für die Gesundheit des Arbeiters. Das hier endlich aufgeräumt werden muß, ist selbstverständlich.

Der Behrungszüchterei frien auch einige Feilen gewidmet. Unternehmer, die 3—4 Gefellen beschäftigen, halten 8—10, größere Betriebe 14—20 und oft noch mehr Behrlinge. Die Ausbildung ist daher eine schlechte. Diese Elemente bilden später, wenn sie die Fabrikarbeit nicht vorziehen, ein Hemmnis bei Tarifabschlüssen, weil der Meister einem tüchtigen Gefellen den tarifmäßigen Lohn zahlen kann, einer minderwertigen Kraft jedoch dieses als unmöglich erklärt. Warum werden so viele Behrlinge gehalten? Um sie nach allen Regeln auszubeuten, um Gefellen mit höheren Löhnen auf diese Art und Weise zu ersetzen. Dabei läßt Nahrung, Wohnung und Behandlung der Behrlinge oft sehr zu wünschen.

übrig. Als organisiert Arbeiter des Kleingewerbes werden wir mit allen Mitteln und Wegen auf Hilfe dringen, im Interesse unserer selbst und zum Wohle der deutschen Arbeiterchaft.

Was die Behandlung der Gehilfen in der Kleinindustrie anbelangt, so muß man auch hier konstatieren, daß dieselbe um manches besser sein könnte. Schimpfwörter und dergl. sind keine Seltenheit. Schläge und Stöße gibts auch hier und da noch. In größeren Betrieben suchen Meister und Vorarbeiter sich in Antreibereien zu überheben; alles zum „Wohle“ der Arbeiter und des Handwerks.

Wer trotz alledem noch nicht sieht, wie notwendig die Organisation, der Zusammenschluß ist, dem ist nicht zu helfen. Kollegen! wo immerhin ihr arbeitet, die ihr stündlich eure Arbeitskraft zu Markte tragt, rafft euch auf! Herunter mit der Schlafmütze! Lange genug habt ihr gleichgültig zur Seite gestanden, jetzt das Karthuse einmal nachgeholt. Eignigkeit macht stark! Ihr habt alle Ursache, euch zusammen zu schließen, damit endlich im Kleingewerbe menschenwürdige Verhältnisse geschaffen werden. Was anderen Arbeitern gelungen, muß auch uns gelingen. Darum hinein in den christlich-sozialen Metallarbeiterverband! Derselbe vertritt mit Entschiedenheit und Umsicht unsere Interessen. Darum bleibe keiner zurück! An euch christlich organisierte Metallarbeiter, die ihr in der Kleinindustrie beschäftigt seid, ergeht von neuem der Ruf: Rührt die Werbetrommel! Arbeitet mit doppeltem Eifer, um die noch fernstehenden Kollegen um die Fahne des christlich-sozialen Metallarbeiters erbautes zu führen, damit auch für uns endlich das Morgenrot einer besseren Zeit anbricht, unter der Devise: „Für Freiheit und Gleichberechtigung des Arbeiterstandes.“ J. D.

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

Die Hirsch-Dunkerschen Gewerbevereine

hielten in der Pfingstwoche in Berlin in ihrem Verbandshaus ihren 16. Verbandstag ab. Die etwa 60 Delegierten, welche von den einzelnen Gewerbevereinen vertreten waren, hatten gemäß der vorliegenden Tagesordnung die Aufgabe, ein zeitgemäßes Programm zu beraten. Dieses Programm soll Klarheit über die Stellung der Hirsch-Dunkerschen Gewerbevereine zur Politik und den Unternehmern gegenüber geben. Der Leiter der Tagung, Herr Gustav Hartmann vom Gewerbeverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter konnte mehrere Vertreter der nationalliberalen und freisinnigen Parteien, die Reichstagsabgeordneten Bassermann und Mugdan, als Gäste begrüßen.

Das einleitende Referat, einen Bericht über die Tätigkeit der Gewerbevereine seit dem letzten Hannoverischen Verbandstag, hielt der Redakteur des „Gewerbevereins“, Herr Goldschmidt. Wenn der Referent auch keine Großtaten von der Gewerbevereinstätigkeit berichten konnte, so gab er sich doch Mühe, kleine Sachen groß und die Arbeit anderer Gewerbevereine als vorwiegend Hirsch-Dunkersche Leistungen vorzuführen. Herr Goldschmidt bezeichnete den Zuwachs der H.-D. Gewerbevereine, welcher seit 1904 die Zahl von 8000 beträgt, als eine respektable Leistung. (Die christlichen Gewerkschaften haben in dieser Zeit einen Zuwachs von 128 000 zu verzeichnen. D. G.) Auch der große Vergarbeiterpreis, an welchem über 200 000 Arbeiter beteiligt waren, von welchen etwa 500 dem Hirsch-Dunkerschen Gewerbeverein angehörten, ist nach Goldschmidt gemäß den „fundamentalen Prinzipien“ der Hirsch-Dunker geführt worden, seien doch alle Schreiben, die den Streit betrafen, auch die der Behörden, an die Adresse des Herrn Hamacher, welcher Vorsitzender des damals 500 Mitglieder zählenden H.-D. Gewerbevereins der Vergarbeiter war, gegangen.

Andere Töne wie der Referent stimmten die Diskussionen an. Herr Tröger beklagt den gegenwärtigen Rückgang der Gewerbevereine, er führt diesen auf den Terrorismus der Roten zurück, der bewirke, daß in Berlin in „keiner Maschinenfabrik ein Hirsch-Dunker organisierter mehr arbeiten könne“. Die Gewerbevereine hätten geglaubt, durch radikales Vorgehen den Roten den Wind aus den Segeln nehmen zu können, um Mitglieder zu gewinnen. Das Gegenteil sei eingetreten. Den Arbeitern imponierten keine Grundzüge, sondern nur Macht. Auch die Gewerbevereine müßten in Zukunft an den Stellen, wo sie in der Mehrzahl seien, ihren Gegner gegenüber die Macht zur Anwendung bringen. Besänftend sei, daß die Gewerbevereine in Berlin den Christlichen den Kampfsplatz mit den Sozialisten um die Weisheitsfelsen des Gewerbegerichts allein überlassen hätten.

Auch Kaiser-Nürnberg beklagt die mangelnde Initiative der Berliner Leistung und läßt dies auf die

Berliner Verhältnisse zurückzuführen zu müssen. Erzielungs-Düsseldorf beklagte zunächst, daß die Tagung fast hinter verschlossenen Türen sich vollziehe und die Presse nicht vertreten sei. Er wünscht einen stärkeren Ton im Gewerksverein und mehr gewerkschaftliche Energie. Wenn es so weitergehe im Gewerksverein wie bisher, dann gingen die Arbeiter in die Organisationen, die von ihnen höhere Beiträge verlangten und niedrigere Leistungen gewährten als die H.-D. Gewerksvereine; sie (die H.-D.) könnten dann recht bald einen Leichenstein gesetzt erhalten.

Ziegler-Köln tadelt die mangelhaft erzielte Wirkung der Zentralkommission, die sich auch in der Nichtbeteiligung am Berliner Gewerksvereinswahlkampf äußert habe. — Elbert erhebt Klage, daß nach dem Tode des Anwalt Dr. Max Strich keine Führung mehr in den Gewerksvereinen vorhanden sei. Daher der Rückgang. — Sauer-Leipzig tadelt, daß die Berliner Zeitung ihr Mitwirken am dem Protest zu dem angeregten deutschen Arbeitertag gegen den Gegenwurf betreffend Rechtsfähigkeit der Berufsvereine von dem Verhalten des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften abhängig gemacht habe. — Großrat-Elbing führte aus, daß die H.-D. Gewerksvereine aus alten Männern bestünde und der junge Nachwuchs fehle. — Strohsch-Breslau meint, man hätte in dem H.-D. Gewerksverein 39 Jahre geredet, aber nichts sei getan worden. Selbständige Regungen habe man „brutal“ unterdrückt; so kritisierte er weiter und schließt mit dem Ruf: Rückschritt, dein Name ist Gewerksverein der Gebildeten und Handwerker! — Dalzer-Mannheim läßt aus: vor dem Sozialistengesetz hätten sich die Gewerksvereine bei der Behörde lieb und machen wollen. In diesem Zweck hätten sie sich auf das Saftgewissen gemessen und sich gewerkschaftlich den Weg verlegen lassen, daher heute der Rückgang. (Der H.-D. Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter hat allein in den letzten drei Quartalen gemäß seinen eigenen Angaben um 7788 Mitglieder abgenommen. D. G.) — Kreyer-Wien macht der Berliner Zeitung Vorwürfe insofern, als selbige nicht genügend bemüht war, die Kurse der evangelischen Arbeitervereine zu beschicken. In Berlin fehle der Zug ins Großstädtische.

Der Generalsekretär Hartmann-Berlin bemühte sich, die der Leitung gemachten Vorwürfe abzuwehren. Dann sprach Herr Goldschmidt das Schlusswort, in welchem er sich befleißigte, die vorherrschende Mißstimmung zu zerstreuen. Er schloß mit dem Wunsch, es möge bis zum nächsten Verbandstage die Mitgliederzahl auf 200 000 gestiegen sein.

Ob sich diese weitgehende Hoffnung erfüllen wird, steht auf einem andern Blatt und man wird den realistischen Erfolg der Berliner Tagung abwarten müssen. Ein Gefühl, ähnlich des Mißleidens mußte den unbeteiligten Zuhörer der Verhandlungen beschleichen angesichts der von den Delegierten geübten Kritik an der Leitung, die für die Stagnation der H.-D. Richtung allein verantwortlich sein soll. Dieses Gefühl mußte sich noch verstärken bei Anhörung der Vorschläge von Mitteln und Wegen, wie von H.-D. Gewerksvereinen neues Leben eingehaucht werden soll. Was ihnen fehlt, wissen und fühlen wohl manche in ihren Reihen, wegen es jedoch nicht radikallos anzuprechen, nämlich eine über den profanen Tagesfragen liegende, von Mitgliedern Einheitsliebe, Sicherheit und Kraft verleihende Weltanschauung als festes Fundament der Organisationsarbeit. An diesem Mangel werden die H.-D. Gewerksvereine krank, so lange sie bestehen und das höchste wirtschaftliche Programm wird ihnen diese Lücke nicht erziehen können.

Aus den weiteren Verhandlungen ist noch hervorzuheben, daß ein „Programm für den Verband der christlichen Gewerksvereine“ einstimmig Annahme gefunden hat. Für das Saarrevier wurde die Anstellung eines Agitationsbeamten beschlossen. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Goldschmidt mit 31 gegen 28 Stimmen, die auf Goldschmidt fielen, gewählt. Herr Levin, der bisherige Sekretär am Reichsversicherungsamt, wurde zum Redakteur von H.-D. Zentralkomitee „Der Gewerksverein“ und Anton Erlebach an die bisherige Stelle Levins gewählt. Im „Zusammenfassenden Ausblick“ folgen außer Klein, Levin und Kreyer nun die beiden Antipoden Goldschmidt und Erlebach zusammen. Die beantragte Aufhebung der Ausbreitungsverbände wurde abgelehnt, aber Rücksicht zu denselben sollen nicht mehr gewährt werden. Die Herausgabe der von Erlebach angeforderten Broschüre gegen die christl. Gewerkschaften, die der frühere Zentralrat nicht billigen wollte, sei von den neuen Zeiten jetzt freigegeben, „mit der Absicht, weitere Abmachungen“, berichtet er, „zu treffen und propagandistisch Erlebach in der von ihm verfassten „Düsseldorfer Arbeiter-Rose“. Diese neue Zeit der „neuen“ Männer wird den H.-D. Gewerksvereinen ebenso wenig helfen, wie ihre andern fruchtlosen Aufstellungen, verlorenes Terrain zurück zu erobern.

Der deutsche (sozialdemokratische) Metallarbeiterverband

hat in der Pfingstmode in München seine achte Generalversammlung abgehalten, an der etwa 200 Delegierte teilnahmen. Der Verbandsvorsitzende Schilde erläuterte den vorliegenden Geschäftsbericht, den wir schon in unserem Organ erwähnt haben. In der sich anschließenden Generaldebatte, die bis zum dritten Verhandlungstag dauerte, wurden eine ganze Reihe von Einzelwünschen vorgebracht. Unter anderem wurde eine viel energiegeladene Resolution im Ruhrgebiet verlangt und von der Verbandsleitung auch für die nächste Zeit in Aussicht gestellt. Den Verbandsfunktionären soll die Teilnahme an Unternehmungen mehr wie bisher ermöglicht werden. Die Zahl der Beamten betrug am Schluss des Jahres 1906 im Ganzen 274. Davon entfielen auf die Hauptverwaltung 21, Verbandsorgan 4, Druckerei 3, Bezirksleitungen 16, Geschäftsstellen 226. Längere Debatten entzünden sich über die vorliegenden Anträge zur Erhöhung der Beiträge. Die Klassifizierung der Beiträge wurde mit 184 gegen 116 Stimmen abgelehnt. Eine Kommission, die von der Generalversammlung gewählt wurde, soll mit dem Vorstand eine Vorlage betreffend Stabsbeiträge ausarbeiten und der nächsten Generalversammlung vorlegen. Beschlossen wurde dann, die Wochenbeiträge für männliche Mitglieder auf 60 Pfg. zu erhöhen. Die Beiträge für weibliche und jugendliche Mitglieder wurden auf 25 Pfg. festgesetzt. Alle Anträge auf Erhöhung der Unterstützungssätze wurden abgelehnt. Solche Anträge lagen vor betr. Erwerbslosen- und Streikunterstützung.

Hingegen wurde die Gewährung von Reisegeld bei Eisenbahnfahrten aufgehoben, weil sie zu großen Mißständen geführt hätte. Für die Verbandsbeamten wurden erhebliche Gehaltsaufbesserungen beschlossen, ebenso dieselben gegen Unfall zu versichern. Die bisherigen Verbandsmitglieder, Redakteure und Ausschussmitglieder wurden wieder gewählt. Der nächste Verbandstag soll in Hamburg stattfinden und dann auf je 2000 Mitglieder ein Delegierter entsandt werden.

Erwähnt sei noch, daß der Verbandsvorsitzende Schilde die Meinung eines Pressbureaus, er (Schilde) habe sich gegen den Generalstreik ausgesprochen, ganz energisch bementiert und als erfinden bezeichnet hat. Wahrscheinlich aus der Besorgnis heraus, bei den Radikalen im Sozialismus in Mißkredit zu kommen. Die dem Gedanken an den Streik wohl auch der von uns schon mitgeteilte Wunsch Schildes entsprungen sein: Die Gewerkschaften sind die Partei. Die sonst bei den Metallarbeitern nicht gut angeordneten Führer des freien (sozialdemokratischen) Metallarbeiter-Verbandes werden nunmehr hoffentlich wieder als ganz unverdächtige Parteigenossen betrachtet werden. Verdient haben sie es in München zweifellos.

Die Berliner Fachabteilungen

haben in der Pfingstmode in Berlin im Anschluß an den Verbandstag der kath. Arbeitervereine (Eiz Berlin) ihre Generalversammlungen abgehalten. Der Bericht über die Generalversammlung der Metallarbeiter-Fachabteilung im Berliner „Arbeiter“ ist inhaltlich mehr wie mager, obgleich er viel länger ist wie die Berichte über die andern Gruppen. Keine Angaben über Lebensverhältnisse, keine Veranschaulichung über die Mitgliedsverhältnisse. Es heißt diesbezüglich in dem Bericht nur:

„Kollege Kirch gab ein ausführliches Protokoll über den Befund der Kasse zu den Akten der Gewerkschaft. Der vom Vorsitzenden, Kollegen Fries erhaltene Geschäftsbericht, sowie der Bericht über die Bewegung des Mitgliederstandes wird ebenfalls zu den Akten der Gewerkschaften gelegt.“

Die Leute werden ihre guten Gründe dafür haben, diese wichtigsten Merkmale einer jeden Organisation zu verheimlichen und „zu den Akten der Gewerkschaft“ zu legen, damit nur ja kein Mensch etwas davon erfährt. Einige Delegierte verlangten die Anstellung eines Sekretärs für die Fachabteilung der Metallarbeiter. Andere wünschten ein eigenes Organ, wofür dann ein Extrabeitrag erhoben werden soll. — Bisher haben sämtliche Fachabteilungen zusammen als Organ nur eine vierzehntägig erscheinende zweifelhafte Beilage des „Berliner Arbeiter“. — In einer einstimmig angenommenen Resolution hat die Generalversammlung mit Befriedigung Kenntnis genommen von dem Fortschritt ihrer Fachabteilung. (Und dennoch verheimlicht man diese „Fortschritte“ so ängstlich.) Ferner sei man befriedigt von den Erfolgen auf wirtschaftlichem Gebiet. (1) Lohnstatistiken, Haushaltsbucharbeit, Arbeitsnachweise und Vertrauensmänner-System sollen gepflegt und gefördert werden. Die Herausgabe eines eigenen Fachorgans wird in der Resolution als „unabweisbare Notwendigkeit“ bezeichnet und von den diesbezüglichen Vorarbeiten des Vorstandes und der beabsichtigten Probenummer mit Befriedigung Kenntnis genommen. An Stelle des bis-

herigen Vorsitzenden Meves-Rixdorf wurde Kirch-Brandenburg gewählt.

Soweit der Bericht im „Arbeiter“, der von den Berichten der andern Gruppen, wie gesagt, an Inhalt und Trostlosigkeit noch übertrifft wird. Vergewissern man sich die jahrelange Mühe und Geharbeit der Berliner und vergleicht damit ihre „Erfolge“, dann beschleicht einen ganz von selbst das Gefühl, daß der Zeitpunkt früher oder später kommen wird, wo die ganze „Berlinerlei“ zu den Akten der Gewerkschaften gelegt wird.

Die christlichen Gewerkschaften der Schweiz.

Noch jüngeren Datums wie unsere christlichen Gewerkschaften in Deutschland ist die Arbeiterbewegung in der Schweiz. Erst in einigen Jahren haben sich dieselben aus den katholischen Arbeitervereinen herausgebildet. Verschiedene Führer der christlich-sozialen Bewegung der Schweiz traten bis vor wenigen Jahren für neutrale Gewerkschaften ein. Die Strömung in den dem allgemeinen Gewerkschaftsbund angegliederten Verbänden ging indes immer mehr ins radikal-sozialdemokratische Lager, so daß für die christlich gesinnten Arbeiter mit der gewerkschaftlichen Organisation derselbe Weg beschritten werden mußte, wie bei uns in Deutschland. Heute gehören den katholischen Arbeitervereinen der Schweiz etwa 5000, den evangelischen Arbeitervereinen rund 1500, den kath. Arbeiterinnenvereinen etwa 7000 Mitglieder an. Die christlichen Gewerkschaften einschließlich der mit dem Textilarbeiterverband verbündeten Arbeiterinnenvereine zählen zur Zeit 11 000 Mitglieder. Ihren ersten Kongreß hielten die schweizerischen christlichen Gewerkschaften am 12. Mai in Winterthur, zu dem über hundert Vertreter erschienen waren. Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands waren durch Generalsekretär Stegerwald-Köln vertreten, der wiederholt anknüpfend in die Verhandlungen eingriff. Das Resultat der Kongreßverhandlungen war ein grundlegendes Programm, worin es heißt:

„Die christlichen Gewerkschaften sind selbständige, von jeder Parteipolitik unabhängige interkonfessionell auf dem Boden des Christentums stehende Arbeiter-Berufsorganisationen zwecks Hebung der geistigen, wirtschaftlichen Lage der Arbeiter auf Grundlage eines gerechten Ausgleichs zwischen Arbeitgeber und Arbeiter — demzufolge erstreben sie: „Eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit und Lohn-erhöhung, Schutz der Sittlichkeit, Gesundheit und Leben der Arbeiter.“ — Mittel zum Zweck: „soziale Schulung, Statistik, Unterstützung, Abschluß von Tarifverträgen. Der Streik darf nur als letztes Mittel und wenn Erfolg verheißend angewandt werden, die Wirksamkeit der Gewerkschaften soll fest und entschärft sein.“

Auf sozialpolitischem Gebiet wollen die schweizerischen christlichen Gewerkschaften erstreben: Innerhalb der Gemeinden: Ankauf von Grund und Boden und Erstellung billiger Wohnungen, Einführung von Einigungs-, Arbeits- und Wohnungssanitären und Erleichterung der Eingliederung von Ausländern; in den Kantonen: Verstaatlichung der Gebäude- und Mobilarversicherung, Schaffung von Arbeiterinnen-schutzgesetzen (die Arbeiterinnen unterstehen in der Schweiz nicht dem Fabrikgesetz), Anstellung von Fabrikinspektoren und Subventionierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenklassen. Von der Eidgenossenschaft wird gefordert: Durchführung der Kranken- und Unfallversicherung, Revision des Tabakgesetzes mit Subventionierung der Kantone für eine Alters- und Invalidenversicherung.

Auch das Genossenschaftswesen wollen die schweizer. christl. Gewerkschaften pflegen. Der Kongreß nahm Beschlüsse in der Sache an. Hervorzuheben ist noch die zustimmende Aussprache des Vertreters der evangelischen Arbeitervereine, welcher sich von den Verhandlungen äußerst sympathisch berührt fühlte. Unter dem Titel: Christlich sozialer Arbeiterbund der Schweiz haben sich die sämtlichen christlichen Gewerkschaften koalitiert. Der nächsten Tagung wird zweifellos ein weiteres Aufblühen und Anwachsen der christlichen Organisation folgen, was wir unsern Genossenschaftsgenossen in der Schweiz von ganzem Herzen wünschen.

Die Zentral-Krankengeld-Zuschnittskasse (Düsseldorf)

der katholischen Arbeitervereine und christlichen Berufsvereine, deren Generalversammlung am 20. und 21. Mai in Elberfeld tagte, hat sich während ihres 12-jährigen Bestehens als eine der erfolgreichsten sozialen Einrichtungen für die Arbeit-

verschafft erwiesen. Unter wägbaren Mäßen und Schwierigkeiten ist sie im Jahre 1896 von dem jetzigen Pfarrer Limberg zu Urnath, Pfarrer Neumann (Laurentius), der zu jener Zeit noch in Düsseldorf tätig war, u. a. ins Leben gerufen worden. Den Mäßen entspricht aber auch der Erfolg. Die Gründer schauen mit Freuden ihr Werk, das in mehr als 240 Verwaltungsstellen, und 35 Zählstellen sich über ganz Deutschland verbreitet. Die gegenwärtige Zahl der Rassen-Mitglieder beläuft sich auf 15 000. Bei einer Jahresabnahme an Beiträgen in Höhe von zirka 265 000 M., hat sie an Krankengeld ausgegeben zirka 216 000 M., so daß sie beispielsweise im letzten Geschäftsjahre die Sterbegelder — die Rasse zahlt nämlich auch ein Sterbegeld — und Verwaltungskosten abgerechnet, einen Ueberschuß von zirka 25 000 M. erzielt, den sie dem Reservefonds zuführen konnte. Das Gesamtvermögen beträgt nunmehr 174 000 M. Die Delegierten der einzelnen Verwaltungsstellen hatten sehr zahlreich, ungefähr 170, aus allen Gegenden Deutschlands eingefunden, um den zahlreichen Anträgen, die seit der letzten Generalversammlung vom Jahre 1904 zu Hamm eingegangen waren, gegenüber Stellung zu nehmen. Die Mitbegründer Pfr. Limberg und Pfarrer Neumann wählten den Verhandlungen bei. Der Mehrzahl der Anträge standen die Delegierten ziemlich feindselig gegenüber, besonders solchen Anträgen, die aus lokalen Gründen vielleicht hier und da einige Berechtigung haben mögen, die aber mit Rücksicht auf das Allgemeinwohl der Rasse nicht herbeiführt werden konnten. Besonders der Antrag: „Das Krankengeld wird vom ersten Tage an bezahlt,“ löste eine lebhafteste Diskussion herbei. Die Rasse bezahlt jetzt vom dritten Tage an nach dem Tage der Erkrankung auch für Sonn- und Feiertage. Würde sie vom ersten Tage an zahlen, so beläufte das beispielsweise für das letzte Geschäftsjahr mit seinen 8533 Krankheitsfällen einen Mehrbetrag an unterhaltungsbedürftige Krankheitsstage von 12 792 Tagen. Dies würde für die Rasse eine Mehrausgabe von rund 18 000 M. bedeuten. In Abrechnung gebracht von dem oben erwähnten Ueberschuß des letzten Geschäftsjahres sieht man, daß die Annahme dieses Antrages die Rasse ernstlich gefährden würde. Er wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

Auch der Antrag: „Für den letzten Krankheitsstag ein Sonntag, so wird kein Krankengeld gezahlt,“ wurde lebhaft diskutiert. Die Gründe: Schwierigkeit der Kontrolle usw. wurden als ungenügend angesehen und der Antrag abgelehnt.

Dem Hauptantrag der Tagung: Die Krankengelder zu erhöhen, wurde stattgegeben, und zwar tritt diese Neuregelung vom 1. Januar 1908 ab in Kraft. Dann zählt die Rasse an Krankengeld in allen fünf Abteilungen: In der

1. Kl. pro Tag (Sonntag einschl.)	0,90 M. bisher	0,60
2. " " " "	1,20 " "	0,90
3. " " " "	1,60 " "	1,20
4. " " " "	2,00 " "	1,80

Auch hat das Sterbegeld eine entsprechende Erhöhung erfahren.

Im Ganzen fanden 27 Anträge zur Beratung.

Als der Ort der nächsten Generalversammlung wurde Essen gewählt. Es hatten sich noch Fulda und M. Gladbach darum bemüht. Gegen 4 Uhr nachmittags konnte der Vorsitzende Gobbers aus Düsseldorf die arbeitsreiche und erfolgreiche Tagung schließen.

Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsleistung.

Zu dem so oft schon belegten Satz, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit noch lange keine Herabminderung der Arbeitsleistung und eine Verringerung des Lohnvermögens nach sich ziehen braucht, bringt der Jahresbericht der holländischen Fabrikinspektion für das Jahr 1906 ein weiteres Beispiel aus der neuerdings tariflich geregelten holländischen Zigaretten-Industrie. Es heißt hier:

Die Bestimmung, daß die zwölfte und dreizehnte Arbeitsstunde mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt werden müssen, scheint nach den Erfahrungen des vergangenen Winters ihren Zweck, länger als 11stündige Arbeitszeiten überhaupt zu verhindern, erfüllt zu haben. Die Arbeitgeber erklärten allgemein, daß so teuer bezahlte Arbeit sich nicht lohne, und kamen — was früher für absolut unmöglich gehalten wurde — trotz des überaus lebhaften Geschäftsganges ohne Arbeiter aus. Haben auch manche Fabrikanten unter den neuen Verhältnissen wiederholt Aufträge mit kurzen Lieferfristen ablehnen müssen, so konnte im allgemeinen doch mit einstündiger Arbeit sowohl „hinausgebracht“ werden als früher mit einer Arbeit von zwölf und dreizehn Stunden. Der Besitzer eines sehr großen Unternehmens hat die auch sonst gemachte Erfahrung

bestätigt gefunden, daß die auf die Stunde berechneten Stücklohnverdienste der Arbeiter mit der Verkürzung der Arbeitszeit gestiegen sind.

Als eine starke Garantie für die praktische Durchführung der tariflichen Vereinbarungen führt der Bericht weiter den Umstand an, daß die Arbeitszeiten für alle Pforzheimer Betriebe einheitlich festgelegt sind.

Scharfmachereien in Handelskammerberichten.

Ein Blick in den Jahresbericht der Handelskammer für die Kreise Arnberg, Weissen und Mecklenburg belehrt uns über die Arbeiterbewegung im diesseitigen Sauerlande wie folgt: „Vorwiegend sind es die Nachfragen der Organisationen der Arbeiter und in diesen wiederum sind es vornehmlich die zum Teil noch jungen und unerfahrenen, aber doch in ihren Kreisen einflussreichen Führer derselben, die zu diesen unerquicklichen Streitigkeiten drängen und ohne zwingenden Grund und in trivialer Weise, teilweise nur um irgend welchen ehrgeizigen Regungen Folge zu geben, Not und Elend über die Arbeiterfamilien bringen. Verächtlichst man dabei, daß die auf Wohlfahrtsvereinstellungen zu Gunsten der Arbeiter verwandten Mittel, sowohl die auf gesetzlicher Grundlage beruhenden als auch die freiwillig aufgebracht fortbauend in starkem Maße zunehmen, so läßt sich nicht verkennen, daß diese Entwicklung unserer Arbeiterkraft in den letzten Jahren zu einer schweren Beeinträchtigung unserer deutschen Industrie im internationalen Wettbewerbs führen muß.“

Wohl kann in so wenigen Zeilen wohl kaum noch gegen die Arbeiterbewegung geleistet werden. Was solche sensationellen Scharfmachereien in einem Handelskammerbericht zu suchen haben, wird manchem unbegreiflich sein. Solche Auslassungen müssen jedoch den unorganisierten Arbeitern den Stachel stechen und sie in die Reihen der organisierten Kollegen hineintreiben. Gerade im Sauerlande wäre dieses mehr als je augenblicklich notwendig.

Zwanzig Mark für's Koalitionsrecht

wagt man den Hüttenarbeitern noch anzubieten im Jahre 1907. Der Großindustrielle Hermann Röschling in Böllingen verspricht seinen Hüttenleuten pro Kopf und Jahr 20 Mark Gratifikation, wenn sie von ihrer Koalitionsfreiheit keinen Gebrauch machen — sich nicht gewerkschaftlich organisieren, sondern sich der Kleinkinderschule, genannt Hüttenverein, anschließen. Herr Hermann Röschling erließ an seine Hüttenleute in Böllingen an der Saar folgenden „arbeiterfreundlichen“ Ukas:

„Röschlingsche Eisen- und Stahlwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Böllingen.

Jedes Mitglied des Hüttenarbeitersvereins Böllingen empfängt als Gratifikation der Röschlingschen Eisen- und Stahlwerke für das Jahr 1907 20 Mark, worüber durch Unterschrift quittiert wird. Gleichzeitig bestätigt das Mitglied, von den in der Generalversammlung vom 3. März 1907 beschlossenen Statutenänderungen Kenntnis genommen zu haben.

Der Unterzeichnete erkennt ausdrücklich an, daß er irgend welchen Gewerkschaften oder sonstigen Berufsvereinen weder zurzeit angehört, noch in Zukunft angehören wird.“

Hier ist eigentlich jeder Kommentar überflüssig. Wer so unglaublich dumm sein wird, sein vornehmstes und gesetzlich gewährleistetes Recht für 20 Reichsmark preiszugeben, dem ist weder zu raten noch zu helfen, es könnte denn höchstens eine Tracht Prügel jeden Tag nach Arbeitsstunde noch einige Wirkung haben.

Ein besorgter Vater

beehrte unsere Zentrale mit folgendem Schreiben:

Mergentheim, 27. Mai 1907.

Herrn.

Christlich-sozialer Metallarbeiter-Verband Deutschlands

Duisburg.

Ich erkläre als gesetzlicher Vertreter meines Sohnes Aloys hiermit dessen Austritt aus Ihrem Verband. Derselbe ist minderjährig und hinter meinem Rücken in Ihren Verband aufgenommen worden. Als Vater desselben habe ich das Recht, dieses nicht zu dulden und werde ich jedesmal Schriftlich (Zeitungen usw.) das an denselben kommt, zurücksenden bezw. die Annahme verweigern.

Zu bemerken erlaube ich mir noch, daß es angebracht wäre, bei Aufnahme derartig junger Leute,

die überhaupt den Zweck des Verbandes, bezw. Hilfe desselben in einer Stadt wie hier nicht erlangen, nicht bedürfen, sich vorher mit dem Vater betr. jungen Mannes ins Benehmen zu setzen.

Hochachtungsvoll

(Unterschrift).

Alle Achtung vor der Sorge dieses Vaters um seinen Sprössling, den wir natürlich ungeschoren und ohne zu verteilen in die Arme seines Erzeugers zurücklassen. Hoffentlich wird der junge Mann in seiner Mitgliedschaft in unserm Verbande weder an Leib noch Seele Schaden genommen und sich bis an sein Lebensende der schützenden Fittiche seines Vaters zu erfreuen haben. Ob aber die Arbeiter in Mergentheim der obigen Briefes trotz seiner nervösen Besorgnis um Wohl und Wehe seines Nachkommen wohl kaum maßgebende Beurteiler sein und die Arbeiter als zunächstbeteiligten werden hier wohl ganz und Meinung sein. Hoffentlich wird der besorgte Vater mehr wieder ruhig schlafen können. Wir wünschen ihm von ganzem Herzen und dazu ein Markstück — den hohen Fleischpreisen besonders begehrenswert — die glückliche Rückkehr des „verlorenen Sohnes“ würdiger Weise durch ein Festessen begehen zu können.

Maß und Ziel halten

ist besonders im Gewerkschaftsleben notwendig und hier insbesondere in der Unterstützungsfrage. Man Mitglieder können vornehmlich bei Bewegungen niemals genug bekommen. So erging es auch bei dem jetzigen Kampf im Berliner Bausewerbe in einer soziald. Verbänden. Der Komvort, Nr. 122, richtet über eine Versammlung der soziald. Studienteure, die durch den Danawerker-Kampf in Mitleidenschaft gezogen sind. Die Verbandslitung ließ klären:

„Besteht auch im Rahmen des Statuts keine Unterstützungsfrist gegenüber denen, die infolge der Aussperrung und des Streiks der übrigen Arbeiter keine Gerichte und kein Material haben und so arbeitslos werden, so sei doch eine moralische Verpflichtung auch ihnen gegenüber vorhanden. Der Hauptvorstand sei deshalb bereit, Mittel bereitzustellen, daß diese arbeitslos geworden Kollegen von der fünften Woche ab eine Unterstützung erhalten von 9 M. die Verheirateten von 6 M. die Unverheirateten, sowie 1 M. für jedes Kind. (Großer Lohn und ständiges Wachsen). Redner bemerkt, daß nicht mehr zugestanden werden könne. Die finanziellen Verhältnisse des Verbandes gestatten es nicht.“

Dabei blieb es. Das mögen sich insbesondere jene Kollegen merken, die niemals mit unsern Unterstützungen zufrieden sein wollen und gern an die „höheren“ (?) Sätze in gegnerischen Verbänden verweisen.

„Streikbruch bis zum Erbrechen“

Betreibe der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, wie das sozialistische Organ, „Deutscher Metallarbeiter“, welches in Berlin erscheint, in Nr. 15 vom 25. Mai 1907 schreibt. Demnach waren die Rohrleger der Firma Birich wegen Begehung des sozialdemokratischen Weltfeiertags — 1. Mai — bis zum 4. Mai ausgesperrt. Das Berliner Bureau des soziald. Metallarbeiterverbandes habe dann der Firma Rohrleger und Geisler, welche die Stelle der Aussperrten besetzen, zugesandt. Den Unternehmern müsse das Herz in: Leibe lachen, wenn sie sehen, daß diejenigen, welche ihre Gegner sein sollten, ihre Freunde sind, und in ihrem Interesse dazu beitragen, den hehren Gedanken, der in der Maifeier liegt, — (andere sozialistische Organe nannten die Maifeier Unfug) — zur Erde herabsinken zu lassen. Das angezogene sozialistische Metallarbeiterorgan schließt indem es sagt: „eine Streikbrecherzuchtende und Verräter erziehende Institution, das ist der (soziald.) deutsche Metallarbeiterverband.“

Soziale Wahlen

Die Ortskrankenkassenwahl für die Fabrikanten in Mülheim-Rhein, die in vergangener Woche stattfand hat mit einem Siege der christlichen Arbeiter geendet. Es waren 33 Vertreter in 7 Abteilungen gewählt, von denen die Christlichen 26, die Sozialdemokraten 7 ergaben. Die sämtlichen Vertreterstellen waren bisher von den Genossen besetzt. Bemerkenswert bei dieser Wahl ist der Umstand, daß die Abteilung, welcher der bisherige zweite Vorsitzende, ein waschechter Genosse, angehörte, diesmal von uns erobert wurde.

Der Genosse, der zudem eine Zeitlang seinen Posten unbefugterweise innehatte, da er schon vor einem halben Jahre nicht wiedergewählt wurde, wird somit wohl endgültig auf das ihm ansehnlich unentbehrlich gewordene Amt verzichten müssen. Seinen Schmerz darüber können wir verstehen. In der Abteilung für die Metall- und Eisenindustrie wurden die Genossen ebenfalls durch uns verdrängt, indem wir sämtliche 14 Vertreter erhielten. Angesichts der sozialdemokratischen Uebermacht ein schöner Erfolg; hat doch der sozialdemokratische Metallarbeiterverband zwei Beamte am Ort, wir dagegen keinen. Diese Wahl hat gezeigt, was bei eifriger Arbeit möglich ist und wird hoffentlich die Veranlassung sein, daß die christlichen Arbeiter in Zukunft noch mehr Eifer bei solchen Anlässen zeigen.

Die Wahlen der Vertreter zur neuerrichteten Ortskrankenkasse in Passau brachten der christlichen Arbeiterschaft einen schönen Sieg. Von 66 zu wählenden Vertretern entfielen auf die christliche Liste 60, auf die sozialdemokratische Liste dagegen nur 6 Vertreter. Einen solchen Ausgang hatten die Sozialdemokraten nicht erwartet. Das günstige Resultat haben die christlichen Arbeiter Passaus der rührigen Tätigkeit des Ortsrats und der regen Mitarbeit der einzelnen Kollegen zu verdanken. Den dortigen Arbeitern daher alle Anerkennung. Bedauerlich ist in Passau nur, daß die christlich gesinnten Metallarbeiter in Passau im Gegensatz zu den anderen Berufsgruppen nicht soviel Energie und Eifer besitzen, um ihre Organisation lebenskräftig zu gestalten. Hoffentlich werden sie das Versäumte bald nachholen und sich an den Passauer Holzarbeitern, Bäckern usw. ein Beispiel nehmen.

Soziale Rechtspflege.

§ 153 für die Arbeiter.

In einer Gießerei-Arbeiter-Versammlung in Meuß war über die Verweigerung von Ueberstundenarbeit debattiert worden. Vor der Abstimmung machte der Beamte Donsbach vom freien Met.-Verband auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam. Er rief den Anwesenden, sich die Sache wohl zu überlegen, denn wenn beschlossen wird, keine Ueberstunden zu machen, so muß der Beschluß auch gehalten werden. Aber trotzdem Ueberstunden macht, gilt als Sperrbrecher, wird aus dem Verband ausgeschlossen und im Organ verurteilt.

Donsbach wurde beim Staatsanwalt denunziert und dieser erhob auf Grund des Paragraphen 153 der Gewerbeordnung Anklage gegen Donsbach. Das Urteil lautete auf ein Monat Gefängnis. Beauftragt waren vom Staatsanwalt zwei Monate, weil gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen“ des Angeklagten und des Metallarbeiterverbandes energig vorgegangen werden müsse.

Gegen das unglaublich strenge Urteil hat der Beamte Donsbach Berufung eingelegt und ist von der Dingsborfer Strafkammer freigesprochen worden. Der Angeklagte habe nichts anderes getan, hieß es in der Urteilsbegründung, als die Versammlungsteilnehmer auf die Statuten des Metallarbeiterverbandes aufmerksam gemacht und dazu sei er berechtigt. Der Staatsanwalt war ganz energig für Verurteilung der Berufung eingetreten.

§ 153 für die Ärzte.

Ein Arzt in Mühlheim-Rhein hatte sich gegen die Bestimmungen des Ärztenverbandes vergangen und war damit der jetzigen Konventionalstrafe von 3000 M. verfallen.

Der Verband in Leipzig klagte die Konventionalstrafe ein, wurde aber vom Landgericht Köln abgewiesen. Die dagegen beim Oberlandesgericht Köln eingelegte Berufung wurde anerkannt und der zurückgetretene Arzt zur Zahlung der 3000 M. verurteilt. Der Beklagte behauptete, der Vertrag enthalte einen Irrtum, wie er nach Paragraph 153 der Gewerbeordnung unter Strafe gestellt sei. Ferner habe man ihn, Beklagten, belästigen wollen und ihn durch Drohungen und Verleumdungen zur Eingehung des Vertrags gezwungen. Das Oberlandesgericht erwidert hierauf: Dem Beklagten sei lediglich vorgehalten, aber nicht gedroht worden, daß er von der Krankenkassenpraxis ausgeschlossen werde, wenn er sich der Bewegung nicht anschließe. Falls die Forderungen angenommen würden, solle ein Vertrag mit den Krankenkassen abgeschlossen werden, wonach deren Mitglieder sich nur an solche Ärzte wenden dürften, welche sich der Bewegung anschließen hätten. Diese Vor-

haltung sei keine Drohung, sondern ein wohlgemeintester Rat. Auf die zweite Behauptung, des Beklagten, daß der Vertrag gegen die guten Sitten verstoße, weil er dadurch brot- und existenzlos gemacht werde, sagt das Oberlandesgericht: Von einer Unsitlichkeit des Vertrags könne nicht die Rede sein, weil es nicht die Absicht des Klägers gewesen sei, den Beklagten brotlos zu machen. Weiter sagte der Beklagte: der Vertrag sei ein Verstoß gegen die Standesethik, weil es ihm durch denselben unmöglich gemacht werde, seiner gesetzlichen Pflicht hinsichtlich der Behandlung erkrankter Arbeiter nachzukommen. Das Berufungsgericht: Kläger hat nie daran gedacht und bezweckt, den Beklagten davon abzuhalten, sondern nur angestrebt, freie Arztwahl und bessere Zahlung zu erreichen.

Maifeiern — Entlassungsgrund.

Ist das Mai-Feiern Grund zur sofortigen Entlassung? Diese Frage hat das Gewerbegericht in Frankfurt a. M. in der Streitache von sechs Schmiedegezellen gegen einen Schmiedemeister auf Zahlung von Entschädigungen in Höhe von je 45,30 Mark wegen Kündigungsloser Entlassung befaßt. Die Kläger sind am 1. Mai mittags gemeinsam von der Arbeit weggeblieben. Sie behaupten, der Werkmeister habe es ihnen erlaubt, wegzubleiben, doch erklärt dieser als Zeuge, daß er nicht Werkmeister im Sinne des Gesetzes, sondern nur erster Feuerschmied sei und keinerlei Vertretungsbefugnis für den Beklagten habe. Die Kläger hätten wohl zu ihm gesagt, sie wollten den 1. Mai feiern, doch habe er ihnen gesagt, das gebe ihn nichts an, sie sollten sich direkt an den Meister oder den Buchhalter wenden. Das Gericht erklärte in dem gemeinsamen Wegbleiben der Kläger ein unbefugtes Verlassen der Arbeit und wies die Klage ab.

Streiks und Lohnbewegungen.

Dinklage. Einen schweren Kampf hat die Firma B. Holtzhaus A.G. (Maschinenfabrik) ihren Arbeitern aufgezwungen. Die Organisation der Arbeiter war der Betriebsverwaltung ein Dorn im Auge und auf dem nicht mehr ungemüßlichen Wege der Maßregelung einzelner Arbeiter suchte sie die Arbeiter kassieren und vom Verbands abtrünnig zu machen. So wurde in voriger Woche ein organisierter Kollege ohne Angabe von Gründen gekündigt. Doch die Firma hat die Rechnung ohne den Wirt, d. h. die Solidarität der Arbeiter gemacht. Daß es sich nur um einen Schlag gegen die Organisation handelte, war allen Kollegen klar und so erklärten sich zunächst die Former solidarisch, nachdem eine gewählte Kommission zweimal vergeblich wegen Zurücknahme der Kündigung vorstellig geworden war. Dieser Kommission wurde erklärt, Herr Holtzhaus habe die Kündigung angeordnet und von einer Zurücknahme könne keine Rede sein. Die Angabe von Gründen für diese Maßregel wurde abgelehnt. Daraufhin reichten am Samstag der 25. Mai die Former ihre Kündigung ein. Nachmittags wurde der Arbeiterausschuß gerufen und von der Firma darauf aufmerksam gemacht, daß die Maßregelung nicht zurückgenommen würde und gefragt, ob die Former ihre Kündigung aufrecht erhalten wollten. Das Bestreben des Arbeiterausschusses, jetzt noch die Sache friedlich beizulegen, scheiterte an dem Starrsinn der Betriebsleitung. Abends lief folgendes Schreiben von der Firma ein:

„An den Arbeiter-Ausschuß

der Firma B. Holtzhaus A.G.

zu Händen des Herrn Salfer Kone!

Für Ordnung halber bestätigen wir hiermit die heute mit Ihnen geführte Unterredung und sehen uns wegen der Angelegenheit G. veranlaßt, sämtliche Arbeiter unseres Betriebes auszusperrten und zwar erfolgt letztere am 2. Juni d. J.

B. Holtzhaus, Maschinenfabrik A.G.

Bruns, Themas.“

Der Geist des Scharwarentums hat also bei der Firma den Sieg davon getragen. Sie will es nun auf eine Rechtsprobe ankommen lassen, um ihren Zweck, die Zerstörung der ihr verhassten Organisation, zu erreichen. Ihr Verhaben wird an der Einigkeit der Arbeiter nicht wirkungslos abprallen. Geislos stehen sie Kollegen zusammen, um den Schlag gegen das Koalitionsrecht abzuwehren und die Anerkennung der Organisation zu erkämpfen. Die Metallarbeiter, die die größte Mehrzahl bilden, sind bis auf zwei oder drei Kollegen in unserem christl. Met. Verband, die Holzarbeiter im christl. Holzarbeiterverband organisiert.

Die Firma hat den Kampf vom Zaun gebrochen, sie hat ihn gewollt und die Arbeiter werden jetzt um ihr

gutes Recht zu kämpfen müssen. Wer jetzt nicht tritt, wer bei diesem Kampfe um das gute Recht der Arbeiter auf die Seite der Firma tritt, der verrät seine eigenen Interessen und seinen ganzen Stand. Hoffentlich werden sich in diesem Falle keine Verräter und Marodeure finden, die eines Judaslohnes willen die Rechte des Arbeiterstandes preisgeben. Jeder ehrliche und selbstbewusste Arbeiter weiß in einem solchen Falle, auf welcher Seite er zu kämpfen hat. Hoch die Solidarität unter der Fahne der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Gelsenkirchen. Die hiesigen Klempnergehilfen sind an die Verbesserung ihrer Lage herangetreten und wollen durch Anstreben eines Tarifvertrages sich den ihnen gebührenden Einfluß auf die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erringen. In einer Klempnerversammlung am 25. Mai wurde ein Tarifantrag, welcher 12 Paragraphen enthält, einstimmig angenommen, um denselben den Meistern im Klempner- und Installateurgewerbe zu unterbreiten. Eine Kommission von 6 Mitgliedern aus den beiden Organisationen wurde gewählt und die Vertreter der in Frage kommenden Organisationen beauftragt (christlich-sozialer Metallarbeiter-Verband und Deutscher Metallarbeiter-Verband) mit der Kommission der Klempnermeister in eine Verhandlung über den eingereichten Tarif einzutreten. Kurzlich traten nun die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Klempnergewerbe im Zentralhotel zusammen, um über den Tarif zu beraten. Zu dieser Beratung wurden die beiden Vertreter der Organisationen zugelassen. Die erste Verhandlung dauerte von 5 Uhr nachmittags bis 8.20 Uhr abends und wurde bis Paragraph 5 eine Einigung erzielt. Wegen der vorgerückten Stunde wurde die Verhandlung vertagt. Inzwischen hatten sich die Meister eines anderen befehlen lassen, nämlich die Vertreter der Organisationen zu den Verhandlungen nicht mehr zuzulassen. Als die Kommission der Gehilfen am Freitag punkt 5 Uhr im Zentralhotel wieder zusammen kam, war alles vertreten, nur kein Meister aus dem Klempnergewerbe. Ruhig und besonnen wie organisierte Arbeiter sind, warteten sie bis punkt 5 1/2 Uhr und schickten sich dann an, nach Hause zu gehen, da man doch annehmen mußte, die Verhandlungen fänden nicht statt. Da endlich um 5.40 Uhr fanden sich Meister ein. Vor dem Anfang wurde den beiden Vertretern der beiden Organisationen erklärt, sie dürften den Verhandlungen nicht mehr beizuwohnen. Als sich dieselben entfernt hatten, erklärten die Vertreter der Meister, sie wollten keinen „Tarif“, sondern eine Arbeitsordnung, trotzdem sie schon am Dienstag vorher über einen Tarifvertrag verhandelt hatten. Daher war es den Gehilfen nicht möglich, weiter zu verhandeln, da sie ja von ihren Kollegen den Auftrag hatten, über einen Tarif zu verhandeln. Am 21. Mai nahm nun eine große Klempnerversammlung, einberufen von beiden Organisationen, Stellung zu dem Vorgehen der Meister und beschloß einstimmig, am 22. Mai die Kündigung einzureichen. Gleichzeitig wurde beschlossen, bei denjenigen Meistern, welche den eingereichten Tarif anerkennen, die Kündigung zurückzuziehen und den Gehilfen zu gestatten, bei denselben in Arbeit zu treten. Einige Meister haben sich schon bereit erklärt, den Tarif zu unterschreiben.

Kollegen im Klempnergewerbe, es liegt nun an euch, die Gleichberechtigung auf wirtschaftlichem Gebiet zu erkämpfen, die euch von den Arbeitgebern vorenthalten wird! Seid einig und der Erfolg bleibt nicht aus.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Verhandlungsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Werdohl. Bei der Firma Solmann u. Comp. stehen die Arbeiter im Streik.

Barmen. Die Klemengangsflößer stehen im Streik. Aussperrung angekündigt.

Schwennungen (Wurttemb.). Bei der Firma Joh. Jädle, Metallwarenfabrik, sind Differenzen ausgebrochen wegen Maßregelung. Aussperrung angekündigt.

Dinklage. Differenzen wegen Maßregelungen. Aussperrung sämtlicher Arbeiter angekündigt.

Gelsenkirchen. Ueber die Trecheri und Schloßerei der Firma Gussstahl- und Eisenwerke vorm. Wunth & Comp. ist die Sperr verhängt. Grund: Fortwährende Lohnabzüge und sonstige Mißstände.

Die Klempnergehilfen stehen in einer Tarifbewegung. Kündigung läuft am 4. Juni ab. Streik ist wegen schroff ablehnender Haltung der Arbeitgeber unvermeidlich.

Solingen. Die Firma Hammesfahr hat ihre Arbeiter ausgeperrt, auch die Mitglieder unseres Verbandes.

Offenbach. Tarifbewegung in der Maschinenindustrie. 60 Proz. sämtlicher Metallarbeiter im Main-gebiet sind angestrichelt.

Magdeburg. Die Klempergehilfen streiken.

Dortmund. Die Klempergehilfen streiken im Streik.

Anzug ist fernzuhalten.

Magdeburg. Der Streik bei der Firma Wiers (Metallwerke) ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Bekanntmachung.

Sämtliche Korrespondenzen, welche den Verband betreffen, sind nur zu adressieren: „An die Geschäftsstelle des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes, Duisburg, Seitenstraße 19“. Die Ortsvorsitze und freigestellten Beamten sind gehalten, dieses strikte inne zu halten.

Wieder, Verbandsvorsitzender.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 9. Juni der vierundzwanzigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 9. bis 16. Juni 1907 fällig.

Die Ortsgruppe Düsseldorf erhält hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Gesamtwochenbeitrages von 70 Pfg.

Die Ortsgruppen Siegburg, Melsien und Wippladt erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. wöchentlich.

Die Nichtbezahlung dieser Ortsbeiträge hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen aus dem Verband wird das frühere Mitglied Joseph Bischoff, Buchnummer 47700 wegen unkollegialem Verhalten und groben Verstoßes gegen die Pflichten eines Gewerkschaftlers auf Antrag der Ortsgruppe Aachen.

Die noch rückständigen Sammellisten betreffend Schneider- und Malerauspekkung sind unverzüglich an unsere Zentrale einzulenden, auch die nichtbenutzten leeren Listen. Etwaige noch ausstehende Sammelgelder sind an die Adresse Ab. Stegerwald, Köln, Palmstraße 14 zu senden.

Am 1. Juni hatten vom 1. Quartal noch nicht abgerechnet die Ortsgruppen: Aachen, Aachenburg, Aime, Bonn, Vaden-Waden, Bocholt, Koblenz, Ennest, Gleisbach, Gleiwitz, Kofenheim, Niederschelde, Oberkassel, Pienzbach, Rheinholt, Rheinholt, Rellinghausen, Rheinfelden, Spaldingen, Straßburg, Strehlen, Wiesbaden, Wilhelmshütte. Den rückständigen Ortsgruppen ist schon vor 14 Tagen ein Schreiben zugegangen mit der Anforderung, spätestens bis 1. Juni abzurechnen, andernfalls die Auszahlung von Unterstützung und der Materialverleih solange nach der betreffenden Ortsgruppe eingeklagt wird, bis dieselbe abgerechnet hat. Wir fordern nun die oben bezeichneten Ortsgruppen nochmals auf, innerhalb 8 Tagen abzurechnen.

Da über die Auszahlung der Umzugsunterstützung immer noch Unklarheit zu bestehen scheint, wird nochmals auf den § 8, Absatz 11 des Verbandsstatuts aufmerksam gemacht. Derselbe lautet: Mitglieder, die ihren Wohnort verändern, erhalten, wenn sie einen eigenen Haushalt führen, die in § 8, Absatz 2 festgesetzte Umzugsunterstützung. Das Mitglied muß nachweisen, daß es wirklich auswärts Arbeit erhalten hat und der neue Wohnort mindestens 25 Kilometer von dem alten entfernt liegt. Umzugsunterstützung kann von ein und demselben Haushalt nur ein Mitglied erhalten.

Der Absatz 2 im § 8 lautet: Der Höchstbetrag des Beitrages zu den Ueberhebungsstellen beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft 20 Mk., steigend mit jedem Jahr um 5 Mk. bis zum Höchstbetrage von 40 Mk.

Es dürfte nach vorstehendem also nicht vorkommen, daß Umzugsunterstützung beantragt wird, bei Entfernungen von 10 bis 15 Kilometer. Die Auszahlung der Umzugsunterstützung darf erst erfolgen, wenn das betreffende Mitglied am neuen Wohnort sich beim Vorsitzenden der Ortsgruppe angemeldet und dieser von der Zentrale die Anweisung zur Auszahlung der Unterstützung erhalten hat.

Wo am neuen Wohnort keine Ortsgruppe besteht, hat sich das Mitglied direkt an die Zentrale zu wenden, das Mitgliedsbuch muß dann mit eingeschickt werden. Wo die Auszahlung der Unterstützung eigenmächtig, ohne vorherige Anweisung der Zentrale erfolgt, tut dieses der Antragsteller auf eigene Gefahr.

Aus dem Verbandsgebiet.

Weheim-Hüften. Sehr verbesserungsbedürftige Zustände herrschen im Walzwerk Hüften-Bruchhausen. Hier gibt es Tagelöhne von sage und schreibe drei Mark. Auch gibt es Prämien für den Walzmeister, wenn ihm vom 1. Januar bis 1. Juli oder von da bis 31. Dezember kein Walzenbruch passiert. Wehe aber denen, welche Pech darin haben. Solche haben die 2. Instanz für jeden Walzenbruch, der doch zweifellos unver-schuldet, bis je 30 Mk. Strafe zu zahlen. Dieses Vergnügen ereignet sich auch mehrere Male, oft vier mal im Monat. Auf diese Weise ist es möglich, daß mehrere Walzmeister mit 200 Mark und mehr im Schuldbuch bei der Firma stehen können. Trotzdem haben diese „nichtleistungsfähigen“ Arbeiter, wie Direktor D. in Berlin gesagt haben soll, 6% und noch mehr 7% Divi-dende für die Aktionäre herauswirtschaftet. Ob die Direktoren sich bei den Aktionären gut anspielen wollen? Wo sind jedoch die nichtleistungsfähigen zu suchen? Es gibt Leute, welche behaupten, die gesamte reine Produktions-lage, welche über drei Millionen Mark lohen soll, könnte bei vernünftiger Wirtschaftsweise schon eripart sein.

Es ist eben schon manches möglich. — Es können hohe Kamine und Döfen einfallen, minderwertige Ma-terialien aufgeschafft, Konium mit Schnaps uvm. errichtet werden, aber gesunde, aufgeräumte Werkstätten, gute Behandlung, gerechten Lohn und reines Labedasson mit klarem Wasser wird ohne solidarische Nachhülfe der Ar-beiter nicht möglich sein. Ja, alles hat seine Ursache; Dinge gewohnt, wird alt getan. — Ob die jugendlichen Walzwerkarbeiter zur Nachhilfe verwendet werden dürfen? Wie lautet die Gewerbeordnung? Ja, würde unverschämter der Gewerbeinspektor oder nur ein Postlei-beamter mal eine nützliche Revision vornehmen, zweifellos würde die Beförderung Arbeit genug vorfinden.

Aber eine unverschämte Revision ist nicht gut möglich. Bei den modernen Betriebsanlagen ist für Ueingeordnete nur ein Eingang vorhanden. Hier wartet der geherrliche Türhüter seines Amtes, welcher je nach Ein- oder Aus-tretenden nach seinen Wünschen fragt. Der Handwerkskammer-bericht sagt über die Gewerbeaufsicht ganz unverschämlich: „Daß die Gewerbeaufsichtsbeamten bei ihren Besuchen der industriellen Anlagen vom Werkleiter oder dessen Stellvertreter geleitet werden sollen;“ darnach wird auch gehandelt.

Aber fühlen und sagen denn die Arbeiter nicht die Gefährlichkeit ihrer Lage? Ja, lieber, „Jeder ist ein Dieb seiner Wahrung“ heißt ein Sprichwort. Auch bitterer Groll, innere Unzufriedenheit wird herantage-schleudert. Trotz des Arbeitermangels werden oft solche ehrlich Unzufriedene entlassen oder durch andere Wohl-laten zur Besinnung gebracht. Auch läßt sich bei den „hohen“ Alfordlöhnen der „Arbeiterlöhne“ Arbeiter schon sehr viel bieten. Wenn es von je 1000 kg Stahl-bleche Mk. 1.70, 2.00, 2.20, 2.40 für die Walzer gibt, erhält der Walzmeister Mk. 2.80, also 40 Pfg. mehr wie der erste Walzer. Da darf man doch über hohen Alford sprechen, bei 2000 kg täglicher Produktion? Wes-halb erhält aber der Walzmeister die 40 Pfg. mehr? Bringt dieses der Titel mit, oder sollte es deshalb sein, damit er die Walzenbrüche bezahlen kann?

Ihr Walzwerkarbeiter, sollten sich diese Zustände nicht bessern lassen? Denkt mal ernstlich darüber nach. Ebenso gut wie sich der gefährliche Zustand mit dem durch Drahtseile gebundenen Antriebsrade beseitigen ließ, läßt sich auch sonst Remedur schaffen. Kann müssen die Kollegen aber vorerst auf ihren schädigen Eigennutz verzichten, sie müssen sich mit ihren Standesgenossen solidarisch erklären. Wenn sie es alle täten, wenn alle in den Verband gingen, heißt es, dann ließe sich ja wohl was machen.

Keiner will nun der erste sein, einer wartet auf den andern. Das ist grundfalsch. Machen doch mal einige den Weg frei für den christlichen Metallarbeiter-verband. Freiwillige vor! Gilt es doch nur seine eigene Lage aufzubessern. Alle diejenigen, welche das Vordräng-schieben der Arbeiterbewegung durch ihre Ineresslosigkeit hindern, schneiden sich ins eigene Fleisch. Wir leben in den Zeiten der Organisation, wer dieses nicht be-greifen will, wird erleben, daß er durch den Zug der Zeit zertritten wird. Daher ihr Walzwerkarbeiter geht in Euch. Je eher ihr euch vereinigt, desto eher wird eure Lage verbessert.

Burglangensfeld. (Wagbütte Haidhof). Am Pfingstmontag fand in der „roten Hochburg“ eine öffentliche christliche Gewerkschaftsversammlung statt. Zu gleicher Zeit tagte die Generalversammlung des Arbeiterwilligen-Bereins, das neue Produkt der freien Gewerkschaftstatistik. Von Seiten der sozial. Organi-sation, des Bezirksleiter Enghner, war in einem Flug-blatt die Parole ausgegeben: „meidet ihre (der Christlichen) Versammlungen.“ Trotz dieser väter-

lichen Mahnung kamen die sozial. Organiser mit ihrem Obergenossen Müller-Fürth an der Spitze geschlossen amarschierend. Gewohnheitsgemäß wurde die Wahl verlangt. Als dem Gauleiter Müller gesagt wurde, es sei eine christliche Gewerkschafts-sammlung einberufen worden, beteuerte er: „Ihre Mitglieder wären christlich gesinnt, wofür er a-lebhaften Beifall fand. Wie sagte doch Begien-erster Beamter — ohne auf Widerspruch zu stoßen — auf dem Kölner Kongress: „Unsere Mitglieder sind antireligiös, weil sie vernünftige Menschen worden.“ daraus folgt der Schluß, nach Auffassung der sozial. Führer, sind christlich gesinnte Arbeiter die Unvernünftigen, die Dummen. Man verglei-chen, was Müller sagte. Die Aktion Bürowahl mlang, trotz dem Zugeständnis voller Redefreiheit zo-geht die Genossen geschloffen von dannen. Der Zu-war erreicht — meidet die christl. Versammlungen um ja nicht gestört zu werden in ihrer Mission, nach Mannheim — ihre Mitglieder im sozial. Ge-richt zu erziehen, bis dies Leben — um mit Begien-er zu reden — „antireligiös und vernünftig“ gewor-den. Die Versammlung nahm dennoch einen anregenden Verlauf. Kollege Dietrich-Amberg sprach über christliche Gewerkschaftsziele, Kollege Konrad-Mün-berg über die Lehren aus dem Hagbüttenstreik. Renaufnahmen waren das praktische Resultat d-er Versammlung. Nach lebhafter Diskussion und Schlu-ßwort fand die Versammlung ihren Abschluß in nem brausenden Hoch auf den christlichen Meta-arbeiterverband. Das Armachieren unseres Verband-ist die beste und deutlichste Antwort auf die Be-leumdungsfeldzüge der Gegner.

Oleberg. In unserer letzten Versammlun-referierte Bezirksleiter Kollege Weinbrenner-Ham-über die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes. Er führte aus, daß von der gesamten Arbeiterzahl des Preussischen Staates 62 Prozent ein Einkomm-unter 900 Mark hätten. Redner ging dann zu freien Arbeitsverträge über. Nach der einen Sei-te sei es ein freier Arbeitsvertrag und nach der a-nderen Seite wieder nicht. Was auf der einen Sei-te durch freie Uebereinkunft der Arbeiter mit de-Arbeitgeber vereinbart sei, würde oft durch wü-llstliche Änderungen wieder aufgehoben, ohne daß dem Arbeiter auch nur die geringste Mitteilun-darüber gemacht würde. An der Hand von Be-spielen zeigte er uns, daß nur durch eine stren-Organisation ein wirklicher freier Arbeitsvertrag zu Stande kommen könne. Um aber die Organisation zu beseitigen, und zu einer wirksameren zu machen sei es nötig, daß dieselbe auch eine gut gefüllte Kasse besitze, und er sprach die Erwartung aus, daß auch unsere Ortsgruppe den Beschluß der Bezirkskon-ferenz, einen wöchentlichen Ortsbeitrag zu erheben durchzuführen werde.

In der nun folgenden Diskussion sprachen si-alle für die Erhebung eines Lokalaufschlags aus. Es wurde dann einstimmig beschlossen, ab 1. Juni ei-nen Lokalaufschlag von wöchentlich 10 Pfg. zu er-heben. (Ein Bravo den Oleberger Kollegen. Red-ner.)

Kollegen, wir haben durch unsere Organisation schon vieles erreicht und wir werden noch mehr er-reichen, wenn ein jeder von uns es als seine Ehren-pflicht betrachtet, daß dieser Beschluß auch durch-geführt wird und auch stets neue Mitglieder zu ge-winnen sucht. Erst dann können wir uns als recht-e Mitglieder unserer Organisation betrachten, wenn wir gerne und willig die uns auferlegten Pflichten erfüllen und auch bereit sind, jedes Opfer im In-teresse des Gesamten zu bringen. Wer ernten will, muß auch säen und in der notwendigen Opferwillig-keit wollen wir uns von keiner Seite übertreffen lassen.

Hagen. Weil der Herr Polizeinspektor Meyer es nicht haben wollte, deshalb darboten die christ-lichen Gewerkschaftler am 31. Mai in Hagen das Flugblatt: „Der Traum ist aus, die Schleier fallen“, nicht verteilen. Als Arbeitersekretär Meyer später nach den Gründen fragte, warum die Verteilung ver-boten werde, erhielt er zur Antwort: „Ja, was hat denn die Verfasslichkeit damit zu tun? Berufen Sie doch eine Versammlung ein und verteilen Sie dieselben in der Versammlung. Da laufen denn 20 Mann durch die Stadt herum und belästigen nur das Publikum.“ Eine sonderbare Logik!

Zunächst wollen die christlichen Gewerkschaften die Deffentlichkeit für ihre Bestrebungen interessieren und zu diesem Zwecke müssen sie auch in die Deff-entlichkeit treten. Es mag ja sein, daß Herr Meyer sich nicht für die Bestrebungen der christlichen Ar-beiter interessiert — was uns ja auch ganz gleich-gültig ist — andere Leute aber umso mehr. Lie-bzulegend, welche geeignete Schritte — denn dann

Kommt es doch nur wesentlich an — mag Herr Meyer anführen haben? Er behauptet, das Publikum würde durch die Flugblattverteilung belästigt. Wir müssen diese Behauptung ganz entschieden be-
reiten. Wer kein Flugblatt haben will, der nimmt dies einfach nicht an und wir können dem Herrn Polizeikommissar die bestimmte Versicherung geben, daß niemand von den Flugblattverteilern irgendwie zur Annahme gezwungen oder sonstwie belästigt wird. Auch in anderer Beziehung werden uns von der Polizei Schwierigkeiten bereiten. Auf ein Gesuch um Erlaubnis zur Verteilung von Einladungsgzetteln erging nachstehender

Erlaubnischein:

Dem Metallarbeiter K. wird die Erlaubnis er-
teilt, in hiesiger Stadt Zettel betreffend: Versamm-
lung des christlichen Gewerkschaftsartells am 31. d. Mts. verteilen zu dürfen.

Das Verteilen der Zettel auf der Straße z. B. des Schichtwechsels in der Nähe der Fabriken wird im Interesse des öffentlichen Verkehrs untersagt.
Hagen, den 28. Mai 1907.

Die Polizeiverwaltung.

(Stempel). J. M. Meyer, Polizeikommissar.
Was soll die Verteilung der Zettel für einen Zweck haben, wenn sie dieselben nicht dort verteilen dürfen, wo sie an den Mann zu bringen sind? Was widersinnigeres ist uns doch lang nicht mehr vorgekommen. Derartige Exzelsionen sind jedoch nur geeignet, uns auszupeinigen, mehr wie bisher zu arbeiten an der Ausbreitung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Nachruf.

Essen a. d. Ruhr. Im letzten Tage im Mai, nachmittags 1/4 Uhr starb der Mitbegründer des Ver-
bandes und unserer Essener Ortsverwaltung Kollege

Albert Quadt

nach kurzem schweren Leiden infolge Lungenentzündung. Von jeher mit in den vordersten Reihen der christlichen Arbeiterbewegung in Essen kämpfend, war er auch einer der ersten, der die Idee der christlichen Gewerkschaftsbewegung erfaßte. Einer von den Wenigen, die aus dem Essener Kreis an der Gründungsverammlung in Duisburg teilnahmen, erarbeitete er mit Gleichgesinnten maßgebend an der Gründung unserer ersten Ortsgruppe im Essener Bezirk und nahm tätigen Anteil an der weiteren Entwicklung und Ausbreitung unseres Verbandes hier-
seits. Nachdem er durch ein längeres Lungenleiden an der Ausübung seines Berufes verhindert und Invalid ge-
worden war, trat er bei dem Zusammenschluß der Essener Ortsgruppen ausschließend als Lokalbeamter in den Dienst der Ortsverwaltung Essen, wo er bis kurz vor seinem Tode die Kassengeschäfte in gerader müßer-
gültiger Weise führte. Seiner stillen, aufopfernden Tätigkeit verbunden war zu einem nicht geringen Teile das Aufblühen unseres Verbandes in Essen. Seine Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit waren Vorbild für alle Kollegen. Sein lauterer, durch und durch ehren-
hafter Charakter, sein liebenswürdiges Wesen nahmen alle für ihn ein, die ihn näher kennen gelernt haben. Für unseren Verband in Essen bedeutet der Tod Albert Quads einen sehr schweren Verlust. Eines wird sein Andenken bei uns in Ehren bleiben, in Liebe und Ver-
ehrung wollen wir seiner im stillen Gebete gedenken und seinen Beispiel folgen in der Hingabe an unsere gute Sache.
Ortsverwaltung Essen.

Literarisches.

Für einen großen Teil unserer Kollegen im Metall-
gewerbe, namentlich in den handwerksmäßigen Betrieben, ist es oft eine unerlässliche Bedingung, neben der Fertigkeit und Einarbeitung bei der praktischen Arbeit auch ein mehr oder weniger großer Maß von Geschicklichkeit in der Führung des Federzeichens zu besitzen. Besonders beim Entwurf freihändiger Skizzen, die bei kleineren Konstruktionen von den Vorarbeitern angefertigt werden müssen, zeigen sich wohl die meisten Schwierigkeiten für die ungeschulte Hand. Als ein nützliches Hilfsmittel er-
weist sich hier für unsere arbeitenden Kollegen ein neu-
erschienenes Werkchen: „Anleitung zum Skiz-
zieren“, Herausgeber Regierungsbaumeister H. B. Dietz, Bremen, erschienen im Selbstverlage des Verfassers, das auch besonders für den Selbstunterricht geeignet ist. An praktischen Beispielen werden die verschiedenen Arten von Skizzen und weiterhin auch die besonderen Skizzen-
methoden behandelt. Eine ganze Reihe von guten, über-
sichtlichen, instruktiven Handzeichnungen, im Text ver-
tragen, wesentlich zum leichteren Verständnis der gezeigten Abhandlung bei. Der Preis des Exemplars beträgt 1 Mk.
J. M.

Briefkasten.

An Verschiedene. Wiederholt laufen Versamm-
lungsanzeigen und andere Notizen für's Organ zu spät ein. Solche müssen längstens Montags abends 6 Uhr
hier sein, größere Artikel jedoch schon Samstags.

Nach Siegen. Am besten ist es, für jede Ver-
sammlungsanzeige eine besondere Postkarte zu schreiben. Gilt auch noch für andere Ortsgruppen.

Sterbetafel.

Olzburg. Unser Mitglied Gerhard Moos
starb am 18. Mai infolge eines Herzschlags.

Schwartau. Am 27. Mai starb unser Kollege
Joh. Wildhagen im Alter von 60 Jahren. *)

Ehre ihrem Andenken!

Gelbeingänge bei der Hauptkass im Monat Mai.

Adm.-Chrensch 597,65, Roßbach 582,79, Burtmann 312,75
Dinaelstadt 122,02, Rönning 179,79, Schmeißer 70,86, Sörns
69,40, Elbing 17,22, Koppheim 26,40, Dethlefs 30,25, Neumark
58,65, Kollisch 680,63, Domburg 451,—, Eulrich 371,22,
Siel 125,20, Etertrade 240,90, Kollisch 183,75, Kollisch 111,48,
Polmerstein 121,72, Gannor 100,70, Kollisch 170,28, Kollisch
99,10, Kollisch 83,80, Kollisch 34,45, Kollisch 170,28, Kollisch
41,50, Kollisch 10,20, Kollisch 85,25, Kollisch 10,20, Kollisch
1007,57, Dönnich 911,73, Kollisch 38,42, Kollisch 52,—,
Kollisch 5,55, Kollisch 2,65, Kollisch 191,28, Kollisch
186,62, Kollisch 15,40, Kollisch —, Kollisch —, Kollisch
1200,—, Kollisch 342,74, Kollisch 571,89, Kollisch
228,20, Kollisch 274,21, Kollisch 226,86, Kollisch 102,—,
Kollisch 123,50, Kollisch 92,28, Kollisch 45,28, Kollisch
32,—, Kollisch 189,08, Kollisch 286,25, Kollisch 187,80,
Kollisch 36,95, Kollisch 33,35, Kollisch 92,40, Kollisch
24,60, Kollisch 471,72, Kollisch 382,04, Kollisch 33,80, Kollisch 180,28,
Kollisch 1088,12, Kollisch 92,28, Kollisch 97,42, Kollisch 81,75, Kollisch
199,58, Kollisch 92,—, Kollisch 71,56, Kollisch 81,58,
Kollisch 45,20, Kollisch 1214,91, Kollisch 1192,91, Kollisch
2029,31, Kollisch 564,28, Kollisch 155,—, Kollisch 1146,28,
Kollisch 40,26, Kollisch 16,15, Kollisch 10,—, Kollisch 11,70,
Kollisch 1,35, Kollisch 1709,—, Kollisch 79,47, Kollisch
Kollisch 15,27, 2. Quartal 250,—, Kollisch 116,95, Kollisch
66,05, Kollisch 37,20, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Kollisch 707,45, Kollisch 971,23, Kollisch 362,38, Kollisch
150,10, Kollisch 177,75, Kollisch 120,50, Kollisch 20,78,
Kollisch 58,10, Kollisch 64,94, Kollisch 84,85, Kollisch
98,85, Kollisch 50,55, Kollisch 276,45, Kollisch 5,55, Kollisch
1500,—, Kollisch 516,50, Kollisch 656,86, Kollisch 183,85,
Kollisch 40,22, Kollisch 7,—, Kollisch 12866,47, Kollisch
918,49, Kollisch 656,05, Kollisch 349,55, Kollisch
221,95, Kollisch 41,35, Kollisch 102,31, Kollisch 26,65,
Koll